

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Kr. 16.—  
vierteljährlich . . . . . 43.—  
halbjährlich . . . . . 98.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Ersteinst mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

## Das rote Wien und unsere Kapetzkisten.

Von Anton Spiegel.

Es war vorauszusehen, daß unsere Kommunisten Gift und Galle speien werden, wenn deutsche sozialdemokratische Arbeiter, ohne Erlaubnis der Moskauer Volksbegleiter, nach dem roten Wien fahren, um die muster-gültige sozialistische Aufbauarbeit unserer österreichischen Genossen sich an Ort und Stelle anzusehen. Was Wunder also, wenn nun die Kommunisten in allen Tonarten den Nachweis erbringen wollen, daß eben diese österreichische und insbesondere die Wiener Arbeiterklasse, vom ersten Vertrauensmann bis zum letzten Straßenschreier, alle miteinander Sozialverräter und Sozialpatrioten sind, die nichts weniger im Schilde führen, als die gesamte Arbeiterklasse der Welt, einschließend der Kommunisten, zu verraten und zu verkaufen. Es wird weder heute, noch in der Zukunft meine Aufgabe sein, mich mit Leuten in eine Polemik einzulassen, von denen ich weiß, daß sie niemals eine Belehrung annehmen werden, aber immer die Allesbesserwissenden und Bessermachenden sein wollen, und regelmäßig alles, was von unserer Seite geleistet und erkämpft wird, in den Kot zerren. Dies wäre meiner Auffassung nach unnütze Zeitvergeudung. Da ich aber selbst ein derartiger sozialpatriotischer Wienfahrer bin, wie wir in der Regel von unseren Kommunisten betitelt werden, so halte ich es für meine Pflicht, gegenüber der geschäftigen Schreibweise der Kommunisten einige Feststellungen zu machen. Die sozialdemokratischen Arbeiter, welche an der Wiener Studienreise teilnahmen, waren, sich im Gegensatz zu den Rußlanddelegierten, bewußt, daß sie nicht in ein Land kommen, in dem der Sozialismus bereits verwirklicht ist, sondern sie wußten bereits vorher, daß die Mehrheit der Bevölkerung Österreichs heute noch im bürgerlich-kapitalistischen Lager steht. Ebenso wußten sie, daß auch die Stadt Wien trotz der derzeitigen sozialdemokratischen Verwaltung noch kein sozialistisches Paradies ist. Wir sind also vorurteilsfrei dorthin gefahren und können deshalb heute aussprechen, daß unsere Erwartungen in bezug auf sozialistische Organisations- und Aufbauarbeit, welche die Wiener Arbeiterklasse und ihre rund 15.000 Vertrauensmänner geleistet haben, bei weitem übertraffen wurden. Daß es in Wien, genau so wie in Rußland, noch arme und reiche Menschen gibt, und daß auch dort noch, genau so wie in Rußland, der Mehrwert der Arbeit in kapitalistische Hände fließt, dies zu verschweigen haben wir keine Ursache, nur wünschen wir, daß dies nicht immer geistlichlich von Rußland verschwiegen würde.

Wir wollten kennen lernen, wie Sozialdemokraten eine der größten Städte der Welt verwalten, und wollten kennen lernen, welche Konzeption eine Arbeiterklasse darstellt, die von der kommunistischen Zerstörungsarbeit, dank ihrer geistlichen Urteilsfähigkeit, verschont wurde. Eine einheitliche und geschlossene Arbeiterklasse, die nicht nur die kommunistischen Methoden ablehnt, sondern allen Angriffen der Reaktion zu trotzen vermag, die aus dem christlichsozialen Wien nach demokratischen Methoden, ein rotes Wien geschaffen und in der verhältnismäßig kurzen Zeit eine gigantische Aufbauarbeit geleistet hat, haben wir gesehen. Wir haben weiters gesehen, daß die Arbeiterklasse Wiens, politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich mit ganz geringen Ausnahmen im Lager der Sozialdemokratie und wirklich im Begriffe steht, auch die Staatsmacht durch den Willen der Mehrheit des Volkes zu erobern. Und wenn wir nicht mehr gesehen hätten, als diese von Selbstvertrauen getragene Masse eines organisierten Proletariats, so würde uns das allein genügen, diesem Beispiel nachzuahmen und alles daranzusetzen, daß sich die gesamte Arbeiterklasse wiederum zu einer Einheit zusammenschließen muß, unter dem Banner der Sozialdemokratie. Was aber die Vertrauensmänner der Gemeinde Wiens weiter, unter der freiwilligen Mitarbeit aller Arbeiter

## Der englische Streik beendet.

Das vorläufige Ergebnis des Kampfes ein Remi: Die Verhandlungen werden dort wieder aufgenommen, wo sie von der Regierung abgebrochen wurden.

Die Meldung vom Abbruch des Streikes kommt vielleicht noch überraschender, als vor acht Tagen von seinem Beginn. Es ist in den wenigen Tagen, die der Kampf dauerte, eben doch eine typisch englische Aneinanderreihung geblieben, mit all den unerwarteten Möglichkeiten der Ausdehnung oder Einschränkung des Kampfes und der Mittel des Kampfes, die nur zwischen Partnern möglich ist, die einander in tüchtiger Berechnung gegenüberstehen. Das Ueberflüssigste in diesem Augenblick ist, irgendwelche Kritik an den Methoden der englischen Genossen zu üben, das Klügste, keine übereilten Schlüsse zu ziehen. Nur unsere englischen Genossen wissen, warum sie den mit Entschlossenheit, ohne lange Vorbereitungen proklamierten und mit Schöpfung und Disziplin geführten Kampf jetzt abgebrochen haben, um die Partie gleich auf neu zu beenden. Der Streik hat in die englische Volkswirtschaft tief eingegriffen, er hat das britische Imperium in seinen Grundfesten erschüttert. Er barg in sich die Keime einer politisch-revolutionären Bewegung, die dem festländischen Arbeiter notwendig in einer bestimmten Bahn zu laufen schien, die nur die zwei Ziele: politische Niederlage oder siegreiche Revolution zu kennen schien. Wir wissen in diesem Augenblick nicht, ob die englischen Arbeiter, die bei einer weiteren Dauer des Streikes unvermeidliche Wandlung seines Wesens für einen verstärkten Schritt auf dem Wege zur Macht ansahen, ob tatsächliche oder wirtschaftliche Bedenken sie leiteten. Wir sehen jetzt nur, daß der mit bewundernswürdiger Disziplin geführte Kampf die Regierung gezwungen hat, sich mit den Vertretern der Arbeiter wieder an den Verhandlungstisch zu setzen und die Verhandlungen dort anzuknüpfen, wo sie von der Regierung abgebrochen wurden. Erst der Ausgang dieser Verhandlungen wird zeigen, auf welcher Seite sich die Waage des Sieges neigte, als der Kampf eingestellt wurde.

Der Generalkstreik wurde proklamiert, als die Regierung unter Berufung auf die Aktion der „Daily-Mail-Drucker die Fortsetzung der Verhandlungen verweigerte und den Kohlenbaronen, die bereits zu Ausperrungen geschritten waren, damit freie Bahn gab. Der bis dahin unter der Kontrolle der Regierung und unter Teilnahme aller Gewerkschaften am Verhandlungstisch geführte Kampf zwang den Bergarbeitern und Kohlenbaronen wäre in diesem Augenblick zu einer hemmungslosen Kampagne der Grubenbesitzer gegen die Bergarbeiter geworden. Die Regierung wollte nicht länger den Kapitalisten die Hände gebunden halten, sie wünschte, dadurch, daß sie sich aus der Affäre zog und nicht mehr verhandelte, die Bergarbeiter ihren „Vorgesetzten“ auszuliefern,

und Angestellten, geschaffen haben, zwingt jedem, der, wie wir, aus einem Lande kommt, in dem eine zerrissene Arbeiterklasse der Reaktion sich kaum noch erwehren kann, Anerkennung und Bewunderung ab. Da nützen auch die häßlichen Bemerkungen der Kommunisten nichts. Das Werk unserer Wiener Genossen ist nicht auf Sand gebaut, sondern ist tief in der Arbeiterklasse verwurzelt. Nahezu zwei Drittel der gesamten Wählerzahl der Stadt Wien, annähernd 600.000, sind sozialdemokratische Wähler, 15.000 Vertrauensmänner arbeiten an der Verwirklichung des Sozialismus, aber die kommunistischen Redakteure gehen mit einer Handbewegung darüber hinweg und stemeln dieselben zu Sozialverräteren und Sozialpatrioten. Das Bürgertum der ganzen Welt bekämpft in der geschäftigsten Form die Finanz-, Wohnbau- und Sozialpolitik, sowie die Schulreform unserer Wiener Genossen, weil sie es in vorbildlicher Weise verstanden haben, die bestehende Klasse zum Steuerzahlen heranzuziehen, aber dafür verfolgt sie neben dem Hass dieses Bürgertums auch noch der Hass der Kommunisten. Wahrlich: besser kann die Wiener Arbeiterklasse dem zersetzenden Treiben der Kommunisten nicht entgegengetreten, als daß sie dieselben auf das Aussterbeetat verurteilt. Ganze 13.000 Stimmen erhielten die Kommunisten bei den letzten

Der Streikbeschluss und seine strikte Durchführung verhinderten das. Die Regierung wurde gezwungen, weiter im Spiele zu bleiben und insofern sie nun wieder der eigentliche Verhandlungspartner der Arbeiter wird, hat sie eine offensichtliche Niederlage erlitten. Sofern die Arbeiter von dem Streik die Sicherung gegen jeden Anschlag der Kohlenbarone erhoffen, haben sie ihr Ziel nicht erreicht. Erst am Verhandlungstisch wird sich zeigen, wieweit die Partie tatsächlich Remi stand, wieweit sie dem einen oder andern Teil Chancen gegeben hat.

Alles andere bleibt im Augenblicke ungesagt. Es läßt sich von unserem Standpunkt aus und mit den uns geläufigen Maßen nicht abschätzen, welche Wucht von Verantwortung auf den englischen Arbeitern lastete. Nur die englische Arbeiterklasse selbst kann ihre Kraft, die Möglichkeiten

ihrer Erfolge und die Bedeutung ihrer Aktionen für die Geschichte eines Weltreiches und damit für das Schicksal von hunderten Millionen Menschen ermessen. Es wird nicht an denen fehlen, die jetzt die schon im Zehlfachen bereitgestellte Formel vom „Verrat der Führer“ hinausstreifen werden. Sie wissen selbst am besten, daß sie damit eine Dummheit wiederholen, die nicht wahrer wird, wenn sie zum hundertstenmal ausgesprochen wird. Am allerwenigsten die englische Arbeiterklasse ist ein Werkzeug in den Händen der Führer. Sie entscheidet selbst über ihre Aktionen, und Verräter ist nur, wer sich ihrem Willen widersetzt, um die Mehrheit durch den Terror der Minorität zu zwingen. Den englischen Arbeitern aber können wir vertrauen, daß sie den Weg gehen werden, der ihnen und der gesamten Arbeiterklasse den größtmöglichen Erfolg sichert.

London, 12. Mai (Reuter.) 12 Uhr 55 Min. Der Rat der Trade Unions hatte eine Sitzung mit der Regierung.

13 Uhr 34 Min. Der Generalkstreik ist beendet.

### Freitag Entscheidung der Bergarbeiter.

Berlin, 12. Mai. (Eigenbericht.) Der Generalkrat der britischen Gewerkschaften hat heute mittags die Beendigung des Streikes beschlossen. Von einer bedingungslosen Kapitulation kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Aufhebung des Streikes die Folge der Verabredung ist, daß man sofort mit den Verhandlungen beginnen werde.

Der Bergarbeiterführer Cool lehnt jeden Kommentar zu dem Beschluß des Generalkrats ab. Er erklärte aber, der Vorstand der Union der Bergarbeiter habe in alle Bezirke Telegramme geschickt mit der Weisung, bis Freitag weiterzustreiken und dann die Delegiertenkonferenz entscheiden zu lassen. Der Vorstand werde der Konferenz die Aufhebung des Streikes empfehlen.

### Die Grundlage des Friedenschlusses.

London, 12. Mai. Die von Sir Herbert Samuel dem Generalkrat des Gewerkschaftsverbandes überreichte Denkschrift besagt, daß die Verhandlungen über die Lage der Kohlenindustrie unter erneuter Gewähr der Subventionen für die hierzu erforderliche Zeit wieder aufgenommen werden sollen. Weiters soll ein nationales Lohnamt geschaffen werden, das aus Vertretern beider Parteien mit neutralen Beisitz-

ern und einem Vorsitzenden bestehen und alle von den Parteien vorgebrachten Punkte in Erwägung ziehen sollen.

### Eine bürgerliche Darstellung.

Ohne Sieger und Besiegte.

London, 12. Mai. In den Couloirs des Parlamentes wird behauptet, daß der Generalkstreik absolut und bedingungslos widerrufen wurde. In den Verhandlungen mit der Regierung hat sich der ganze Generalkausch der Tradeunions eingeschunden. Nach Schluß der Konferenz verließ Thomas sichtlich erregt das Gebäude.

Das Kabinett hielt sofort um halb 15 Uhr eine neue Sitzung ab. Die Beratungen über die Lage wurden jedoch auf morgen vertagt. Wie behauptet wird, kenne die Regierung den Inhalt des Memorandums Sir Herbert Samuels, des Vorsitzenden der Tradeunions als hinreichenden Grund für den Widerruf des Streikes ansteh, offiziell nicht. Die Reden, welche Baldwin im Unterhause und Salisbury im Oberhause hielten, klangen dahin aus, daß der Abbruch des Streikes kein Sieg weder der einen noch der anderen Partei, sondern der Sieg des gesunden Verstandes sei. Ganz London hat die Nachricht von der Beendigung des Streikes mit großer Freude aufgenommen.

Wahlen in der Zweimillionenstadt Wien. Nicht einmal einen Vertreter konnten sie in den Gemeinderat entsenden — da ist wohl der Haß gegen die Sozialdemokraten begrifflich. Welch ein gewaltiger Unterschied! In Oesterreich herrscht volle Vereinigung, Versammlung und Pressefreiheit im Gegensatz zu Rußland, wo etwas derartiges nicht einmal für alle Anhänger der Kommunisten Geltung hat, wo die Anhänger der Sozialdemokratie in die Kerker wandern und zum Tode verurteilt werden. In diesem Oesterreich hindert doch die Kommunisten nichts, neben den 100.000 Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung“ ebenjoviele für die kommunistische „Note-Fahne“ zu gewinnen. Niemand hindert sie, Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern zu betreiben, und dennoch ein klägliches Häuflein im roten Wien! Das ist ja eben der gewaltige Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunisten, die nicht oft genug auf den Willen der Masse verweisen, sehen auf einmal nicht den Massenwillen der Wiener Arbeiterklasse, der doch dem freien Entschlusse jedes Einzelnen entspringt, was man von Rußland wiederum nicht behaupten kann.

Die unwürdige Schreibweise unserer kommunistischen Presse trifft also in diesem Falle die ganze Wiener Arbeiterklasse, die aber meiner Auffassung nach achlos darüber hinweggehen

wird, weil sie einen Vormund in der Form eines kommunistischen Redakteurs nicht braucht, und weil die kampferprobte Wiener Arbeiterklasse anstelle der kommunistischen Phrasen — sozialistische Taten sehr. Darüber mit den Kommunisten zu rechten, was wir als Sozialdemokraten an Aufbauarbeit im roten Wien gesehen oder nicht gesehen haben, halte ich vollständig für überflüssig, ebenso darauf zu antworten, daß die Delegation nur aus ausgesuchten Sozialdemokraten bestanden hat und weshalb keine Kommunisten mitgenommen wurden, weil ich annehme, daß selbst dem letzten kommunistischen Arbeiter bekannt sein dürfte, daß Oesterreich und die Stadt Wien zur Besichtigung und zum Studium offen steht, also auch für jeden Kommunisten ohne weiteres erreichbar ist. Wien ist also nicht Moskau, und derjenige, der keine Belehrung annehmen will, soll sich eben selbst an Ort und Stelle überzeugen. Potemkinische Dörfer gibt es in Wien keine, dafür aber 20.000 neue Wohnungen, in denen sich die Mieter, wie ich mich persönlich überzeugt habe, überaus wohl fühlen und auch durchaus kein Verlangen haben, sich von einer Sandvoll politischer Windfahnen, die sich in Wien Kommunisten heißen beglücken zu lassen.

# Zwischen zwei Wahlkämpfen in Rumänien.

Von Abg. Jakob Vistiner.

Mehr als vier Jahre waren die Liberalen am Ruder. Sie haben die Regierung mit dem Ablauf der Legislaturperiode verlassen, nicht so sehr, weil sie in den letzten Monaten hintereinander zweimal, und zwar bei den Wahlen in die Landwirtschaftskammern und in die Gemeinderäte besiegelt worden waren, als weil es ihnen an Rücksicht auf die Zustände in ihrer Partei gutschien, einige Zeit in Opposition zu weilen. Sie haben die Regierung auf dem Höhepunkte ihrer Macht verlassen und sich jene Nachfolger bestellt, die ihr Werk fortsetzen werden.

Die Gemeinderatswahlen fanden zum ersten Mal in ganz Rumänien auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes statt. Das Gesetz gibt jener Partei, die die absolute Mehrheit der Stimmen hat, 80 Prozent der Mandate und jener, die mindestens 20 Prozent der Stimmen hat, die restlichen Mandate. Hat keine Partei im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit bekommen, dann entscheidet im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit. In diesen gewählten Gemeinderäten kommen im Verhältnis von 2 zu 3 ernannte Mitglieder. Es sind dies Vertreter der Landwirtschafts- und Handelskammern, höhere Beamte und in manchen Fällen Vertreter der Bezirksausschüsse. Dieses Wahlgesetz und die bekannten Wahlmethoden veranlassen die nichtliberalen Parteien Wahlstrategie abzuschließen. Diese Parteien waren verschiedener Art. In manchen Orten erstreckten sie sich von den Aboreszenten bis zu den Kommunisten, in anderen gab es neben bürgerlichen Oppositionslisten reine Arbeiterlisten, wieder in anderen Koalitionen der Sozialisten mit den Zaranisten neben Bloklisten.

Die Föderation der sozialistischen Parteien hatte grundsätzlich beschlossen, nur mit den Zaranisten und in Siebenbürgen mit den Nationalisten (Manningruppe) zusammenzugehen. Die Bündnispolitik der bürgerlichen Parteien zwang aber vielfach, über den Beschluß hinauszugehen, während in anderen Orten die Sozialisten auf jedes Bündnis verzichteten. Es können daher die Gemeinderatswahlen nicht als ein genauer Maßstab für die Stärke der sozialistischen Parteien angesehen werden. Im Augenblicke steht die ganze Zahl der sozialistischen Gemeinderäte noch nicht fest. Von größeren Städten sind in Bukarest 2, in Czernowitz 6, in Temeswar 3, in Cluj 5, in Craiova 5 Sozialisten gewählt. Bürgermeister haben wir vier, alle im Banat. Die Föderation hat für die Wahlen ein Gemeindeprogramm und ein Manifest herausgegeben. Außerdem sind in einigen Städten, insbesondere in Czernowitz eine Reihe von Flugblättern herausgegeben worden. Dies war natürlich nur dort möglich, wo die Arbeiter allein oder fast allein in den Wahlkampf zogen.

Nur vor Ablauf der Legislaturperiode haben die Liberalen ein neues Wahlgesetz beschlossen. Das Land zerfällt in 70 Wahlkreise, die zusammen 387 Deputierte wählen. Das Wahlrecht ist allgemein für Männer vom 21. Lebensjahr aufwärts. Jeder Wahlkreis wählt mehrere Abgeordnete, je nach der Größe des Wahlkreises, 3 bis 20. Es wird mit gebundener Liste gewählt. Die in den einzelnen Wahlkreisen ermittelten Ergebnisse werden vom Zentralwahlkomitee in Bukarest zusammengestellt. Neue Parteien, die im ganzen Land weniger als 2 Prozent sämtlicher abgegebenen Stimmen erhalten hat, scheiden bei der Zuteilung der Mandate aus, es wäre denn, daß sie in einem Wahlkreis die Mehrheit der Stimmen

# Ruther gestürzt.

Berlin, 12. Mai. (Eigenbericht.) Das Reichskabinett hat nach Schluß der heutigen Reichstagsitzung seine Demission gegeben. Zuerst wurde die Debatte über die sozialdemokratische Resolution zu Ende geführt, hierauf wurde der sozialdemokratische Mißtrauensantrag mit 176 gegen 141 Stimmen bei 104 Enthaltungen der Deutschnationalen und Wölkischen abgelehnt. Da der Reichskanzler erklärt hatte, auf der Flaggverordnung verharren zu müssen, hatten die Demokraten einen Antrag eingebracht, dessen zweiter Teil die Haltung des Kanzlers mißbilligte. Dieser Antrag wurde mit 176 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 146 Stimmen des Zentrums, der bairischen Volkspartei, der deutschen Volkspartei, der wirtschaftlichen Vereinigung bei Enthaltung der Deutschnationalen und Wölkischen angenommen.

Das Reichskabinett trat nach der Reichstagsitzung zu einer kurzen Beratung zusammen, deren Ergebnis die Demission des Gesamtkabinetts war, die vom Reichspräsidenten angenommen wurde. Bald darauf fanden die ersten Besprechungen über die Regierungsbildung statt. Das Zentrum trat an die Sozialdemokraten heran und fragte, ob sie grundsätzlich zur Beteiligung an der Regierungsbildung bereit seien. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende, der von der Partei mit der Führung der Verhandlungen beauftragt worden ist, wird eine Reihe von Bedingungen wirtschaftlicher, politischer und sozialpolitischer Art stellen, von deren Erfüllung eine Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierungsbildung abhängen wird. Die bürgerlichen Einheitspartei werden zu beweisen haben, ob sie einen Kurs fördern wollen, der den Interessen der breiten Massen entgegenkommt.

# Aufgedeckte Putschpläne der deutschen Monarchisten.

Berlin, 12. Mai. (Eigenbericht.) Wie amtlich mitgeteilt wird, haben die Hausdurchsuchungen, die in Zusammenhang mit der Aufdeckung der rechtsradikalen Putschpläne vorgenommen wurden, sehr wertvolles Material zutage gefördert. Die Putschisten wollten nach dem zu erwartenden Sturz der parlamentarischen Regierung eine bürokratische Regierung bilden lassen, die die Diktatur ausüben sollte. In Verbindung mit der Reichswehr sollte eine bewaffnete Organisation der vaterländischen Verbände gebildet werden, die Reichsverfassung wollte man sofort aufheben und durch eine Notverordnung ersetzen. Es wurden mehrere Personen verhaftet. Bei einigen Industriellen im rheinischen Industriegebiet, die wahrscheinlich die Geldgeber der Putschisten sind, wurden Hausdurchsuchungen veranstaltet. Eine Reihe von völkischen Verbänden wurde aufgelöst.

Striegebiet, die wahrscheinlich die Geldgeber der Putschisten sind, wurden Hausdurchsuchungen veranstaltet. Eine Reihe von völkischen Verbänden wurde aufgelöst.

# Militärrevolte in Polen.

Pilsudski vor Warschau.

Berlin, 12. Mai. (Eigenbericht.) Wie aus privaten Quellen, aber auch seitens der Telegraphenagenturen verlautet, ist in Polen eine Militärrevolte im Gange. Mehrere Regimenter haben für Marschall Pilsudski Partei ergriffen und marschieren auf Warschau. Sie stehen im Lager von Nemberlow, unweit der Stadt Praga, die durch regierungstreue Truppen von Warschau abgesperrt ist. Die Lage ist sehr ernst. Pilsudski verhandelt mit dem Staatspräsidenten wegen einer friedlichen Beilegung des Konflikts.

erreicht hat. In diesem Falle bekommt sie in diesem Wahlkreise die ihr proportional zukommende Zahl von Mandaten zugewiesen.

Jene Partei, die die relative Mehrheit aller Stimmen, mindestens 40 Prozent bekommen hat, erhält als Prämie die Hälfte aller Mandate im Lande nach Abzug der den sogenannten Minderheitslisten in jenen Wahlkreisen zugewiesenen Mandate, in denen eine dieser die absolute Mehrheit erlangt hat. Die restlichen Mandate werden unter allen Listen, also auch die nominelle Mehrheitsliste proportional aufgeteilt. Dieses System bewirkt, daß normaler Weise die Regierung stets mindestens 70 Prozent der Mandate haben wird, da diese bei den Parteien und nationalen Verbänden in Rumänien stets 40 Prozent und damit die relative Mehrheit haben wird.

Das Gesetz schädigt insbesondere die kleinen Parteien und die nationalen Minderheiten. In der Debatte wurde auf die schweren Mängel des Gesetzes insbesondere vom Schreiber dieser Zeilen, der der einzige sozialistische Abgeordnete des rumänischen Parlamentes ist, hingewiesen. In der Erwiderung warf der Referent des Gesetzes der früheren Justizminister Florescu dem sozialistischen Abgeordneten vor, er habe eine revolutionäre Rede gehalten.

Sofort nach Beschlußfassung des Gesetzes wurde die Legislaturperiode des Parlamentes als

beendet erklärt. Die liberale Regierung gab ihre Demission und die Nachfolge erhielt über ihren Wunsch Averescu. Dieser ist die militärische Ausgabe der Liberalen. Außenpolitisch neigte er zu Italien, und zwar zum faschistischen Italien, wie denn sein Innenminister Soga den Mussolinismus praktisch in Rumänien einführen will. Es macht niemand ein Hehl daraus, daß jetzt in Rumänien die faschistische Periode begonnen werden soll. Wenn sie sich im Augenblicke auch gegen die bürgerlichen Parteien richtet, ist es klar, daß sie bald mit aller Schärfe sich gegen die Sozialisten wenden wird. Interessant ist, daß die offizielle ungarische Partei sich Averescu anbietet. Die Nationalpartei ist bereits in voller Auflösung, da sie sich aus verschiedenen Gruppen nur in der Hoffnung auf baldige Regierungsübernahme gebildet hat. So stehen denn, da die Liberalen die Regierung unterstützen, dieser als Opposition nur die Zaranisten und die Sozialisten gegenüber. Jede dieser Parteien kandidiert für sich. Die Sozialisten werden in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen zu kandidieren versuchen. Versuchen, weil man noch nicht sagen kann, ob und wie weit sie es bei dem im halben Reiche bestehenden Ausnahmezustande können werden. Das Kandidieren ist auch eine teure Sache, da man außer den Agitationskosten einen Teil der offiziellen Wahlkosten tragen muß. Der Wahltag ist der 25. Mai.

# Agrarische Einheitsfront.

Die deutschen Agrarier gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Der sozialpolitische Ausschuss verhandelte heute den Antrag der tschechischen Sozialdemokraten Chalupa und Genossen, welcher die Ausdehnung des Arbeitsunfallversicherungsgesetzes auf die landwirtschaftlichen Arbeiter herbeiführen soll. Der Berichterstatter Johannis (tschech. soz. dem.) sprach sich warm für den Antrag aus, der von den Agrariern beider Nationen beifügig bekräftigt wurde. Insbesondere suchte der Landbündler Schubert als erster Debattierender die Verhandlung dadurch zu verschleppen, daß er die Vertagung der Verhandlung bis nach Vorlage eines Regierungsentwurfes beantragte. Er sei für die Einbeziehung aller Landarbeiter (?), doch dürfe die Versicherung nicht mehr kosten, als bisher (?), die Unfallversicherung der Landarbeiter solle nicht dem Ministerium für soziale Fürsorge, sondern dem Landwirtschaftsministerium unterstellt werden.

Mit dieser agrarischen Demagogie rechnete Genosse Taub gründlich ab. Er deckte das Doppelspiel auf, das sich die Agrarier theoretisch für die Unfallversicherung aussprechen, aber praktisch ihre Verwirklichung zu verschleppen trachten. Dasselbe Spiel haben sie bereits bei der Sozialversicherung und bei der Krankenversicherung der Landarbeiter getrieben. Die Vertagungsanträge Schuberts und des tschechischen Agrariers Malik wurden sodann abgelehnt. Charakteristisch ist, daß sich nicht nur die deutschen Landbündler, sondern auch die deutschen Christlichsozialen, welche durch Sajidel vertreten waren, für die Verschleppung einsetzten.

Es wurde sodann in die meritorische Verhandlung eingegangen, aber schon beim ersten Paragraphen legten die Agrarier ihre Manöver fort, indem Dubichy den Resolutionsantrag stellte, daß die Regierung binnen 14 Tagen einen Entwurf zur Novellierung des Unfallversicherungsgesetzes vorlegen soll. Natürlich bezweckt dieser Antrag gleichfalls nur die Verschleppung der Verhandlung, da die Einkalkulation dieser Frist technisch unmöglich ist. Der Antrag Dubichy wurde mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen und die Weiterberatung des Antrages Chalupa vertagt.

Besonders interessant ist es, daß für diesen letzteren Verschleppungsantrag auch der deutsch-nationale Prof. Gorphynka stimmte. Damit haben sich zum erstenmal auch die „Arbedemisten“ in den tschechisch-deutschen Bürgerklub eingegliedert.

Die weitere Tagesordnung: Durchführungs-gesetz zum römischen Vertrag (Übernahme der altösterreichischen Pensionslisten) und Verforgungsgenüsse der im Auslande lebenden Militärpensionisten wurde glatt erledigt. Erst bei der Regierungsvorlage, wonach am 1. Jänner nächsten Jahres die Stundungsschriften von Mietverträgen mit den Kalendervierteljahren zusammenfallen sollen, kam es wieder zu einer lebhaften Debatte. Genosse Taub argierte die längst fallige Vorlage des Ausfuhrungsgesetzes und stellte die Aufgabe, wann die Regierung das Gesetz zu überreichen gedenke. Der Regierungsvertreter antwortete ausweichend, worauf Johannis den Resolutionsantrag stellte, daß die Regierung angefordert wird, den Gesetzentwurf bis 19. Mai vorzulegen. Dieser Antrag rief eine heftige Kontroverse zwischen tschechischen Agrariern und tschechischen Sozialdemokraten hervor. Er wurde schließlich angenommen, die deutschen Landbündler stimmten gegen den Antrag, was sich die Wohnungslosen auf dem flachen Lande gut merken müssen.

Was dem Titelhelden von Richard Brandel.

# Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

20

Von Jiri Hausmann.

Die Gegner gingen ohne viele Finten aufeinander los, aber schon nach einigen Schlägen war es offensichtlich, daß der Kopfputz der nationalen Ehre von Utopien das Werk einiger Minuten sein werde. Der von jugendlichem Enthusiasmus und der Gnost der Zukunft verblendete Tad Rakley dachte sich selbst, der Versuch eines „appretur“ von unten verfehle sein Ziel, dagegen erhebt er drei so fürchtbare links „hoofs“ in den Kiefer, daß er in die Erde taumelte und erst, als der Schiedsrichter bis neun gezählt hatte, mit Würde wieder aufstand. Inzwischen näherte sich der große Reddum zufällig der Stange, welche den Ring umgab, und fühlte plötzlich am rechten Ellbogen etwas wie einen Stich. Sofort krachte sein finsternes Gesicht von überirdischer Seligkeit, er ließ die Arme sinken, blühte zum Himmel empor und erwartete lächelnd den Angriff seines Gegners. Tad Rakley jagerte eine Weile, denn er fürchtete einen bisher unbekanntem Trick des Weltmeisters, als er aber dessen völlige Gleichgültigkeit sah, verlor er ihm blühenell einen mächtigen „hoing“ in die linke Schläfe. Der unüberwindliche Jim aber lächelte nur noch seliger, hielt die andere Wange hin und fragte sanft: „Weshalb schlägst du mich teurer Bruder?“ — „Weil du ein Esel bist!“ dachte der Champion von Utopien und mit einem würdigen „direct“ in den solar-plexus schlug er seinen Gegner so gründlich nieder, daß man ihn im Spital erst nach zwei Tagen zum Bewußtsein brachte.

Ein Sturm freireichlichen Verfalls überlante ein'ge verengte Nase wie: „Schwundel!“ — „Wieviel hast du ihm bezahlt?“ — „Geld und das Eintrittsgeld zurück!“ — und der siegreiche

Havort wurde von der begeisterten Menge in seine Kabine getragen.

Erst als sich der Saal vollständig geleert hatte, traten zwei vor Lachen entsetzte Männer an die Stange des Ringes heran und banden einen in Knoten des Triads verwickelten Agathel los.

In die Delikatessengroßhandlung des Lucullus Sumner, eines ehemaligen Greislers, der in den letzten Jahren durch aufreibenden Fleiß und Mühe glückte, wie er selbst sagte, zu unermesslichem Reichtum gekommen war, trat ein junger Mann von nicht besonders distinguierten Aussehen.

„Sie wünschen, bitte?“ sprach ihn der Verkäufer selbst an.

„Geben Sie mir, sagen wir . . . zehn Tella Fischsalat mit Mayonnaise!“

„Bitte sehr!“

Mit geschickter Hand wog der rührige Delikatessenhändler die gewünschte Ware ab, hüllte sie sorgsam ein und reichte sie dem wartenden jungen Manne. Dieser nahm sie, aber in dem Augenblicke, da sich die Hände der beiden Männer berührten, entsprang einem Fläschchen, das der Käufer geschickt in der Handfläche versteckt gehalten hatte, ein kleiner, grüner Funke. Der Kaufmann schaute eine Weile mit offenem Mund vor sich hin, dann aber erwachte er aus der Betäubung, rief dem jungen Manne das Fäschchen aus der Hand und sprach flehentlich:

„Eh Herr, nehmen Sie diesen eklhaften Mißmachsal nicht — es ist ein Gemenge aus Verderblich und verdorbenen Konferven — und die Mayonnaise hab ich aus „Ceres“ und Eiercreme gemacht . . . auf den Knien bitte ich Sie, ehrenwerter Herr, um Verzeihung, ich gebe Ihnen das Geld zurück, nur nehmen Sie, bitte nicht diese Schweinerei!“

Hierauf sprang er auf den Ladentisch, und ohne sich an die Verwirrung des überlanten Publikums zu kehren, kniete er mit einem Kne-

in Kaviar-Sandwich und mit dem anderen in einer Schüssel Sardellenbutter und begann geräuschvoll zu rufen:

„Erlauben Sie, sehr geehrte Herrschaften, daß ich mein Gewissen erleichtere. Zunächst, ich bin ein Schieber, ein schändlicher Schieber, der während des letzten Krieges durch betrügerische Manipulationen den Staat und die armen Soldaten so betrogen hat, daß er schnell zu Reichtum kam, der durch Verbrechen bestetzt ist . . . schwarzen Millionen . . . verzeiht, meine Brüder, dem bußfertigen Sünder . . . führt mich ins Gefängnis . . . ich will meine Schuld büßen . . . o ich Kleider, niederträchtiger Mensch, ich Räuber, ich Blutsauger . . .!“

Der Engros-Verkäufer Jotto hatte sich um Vaterland, Nation, Literatur und Kultur überhaupt wahrhaft unsterbliche Verdienste erworben. Er pflegte, im Unterschied zu verschiedenen Putschern die unbekanntem Autoren auf eigene Gefahr verlegten, ausschließlich die Werke verstorbenen, von der konservativen Kritik anerkannter und mit Literaturpreisen ausgezeichneteter Schriftsteller herauszugeben, während er die toten Produkte jugendlicher Neuerer grundsätzlich boykottierte. Diese beschuldigten ihn, natürlich aus niedrigerem Neide, in ihren Zeitschriften aus dies nur deshalb tue, um der Zahlung von Honoraren auszuweichen, aber das war eine schändliche Verleumdung, denn der ehrenwerte Jotto verstand die neue Literatur in Wirklichkeit überhaupt nicht und die alten Herren gefielen ihm nur wegen der gefahrloseren und günstigeren Aussicht auf Absatz ihrer Werke.

Dieser von allen vernünftigen Bürgern hochgeschätzte Mann erlebte eines Tages eben seinen gewohnten Morosenpaziergang, als plötzlich irgend ein Individuum an ihn herantrat und ihm ganz frech am helllichten Tage auf offener Straße eine Ladung Agathergie ins Gesicht verabsolgte.

Der verdienstvolle Verleger lehrte nachhause zurück, entnahm der Kassa den ganzen Barbetrag, Wertpapier- und Sparkassabücher, teilte alles in dreißig gleiche Teile und sandte es noch selbigen Tages an dreißig Erben nach verstorbenen Schriftstellern, deren Werke er überhaupt niemals herausgegeben hatte, mit der vernünftigen Versicherung, daß er nur eine alte Schuld abzahle; er sei nämlich unerdentmächtig von der Arbeit geschäftlich unerfahrenen Autoren reich geworden, während sie selbst im Elend starben.

„ . . . und so frage ich: Das ist Demokratie? Das ist Gerechtigkeit? Das ist Freiheit?“ — würdige in einer öffentlichen Versammlung der Liberalen Partei der würdige P. Ferdisch. „Ja, meine teuren Freunde, es gibt hier eine Freiheit, aber diese Freiheit ist ungläubigen gegeben, damit sie mit ihren unsauberen Händen alles besudeln, was dem aufrichtigen Christen am teuersten ist. Für die Kirche aber, für die gilt das Gesetz nicht, sie wird ungestraft geschmäht (Zwischenruf: „Wir wollen Rechtsgerechtigkeit“), verspottet, ihrer irdischen Güter beraubt, aus den Schulen vertrieben und überkonnt arg verfolgt als unter Nero und Diokletian — aber glaubt nur, teure Freunde, der Tag wird kommen, der ruhmvollere Tag wird kommen, an dem die leidende Kirche sich verwandelt in die kämpfende Kirche, in die siegreiche Kirche . . .“

Zürniger Verfall unterbrach den Redner. Dieser ergriff, die dadurch entstandene kurze Pause benützend, die auf dem Tische stehende Flasche, um rasch seine ausgetrocknete Kehle ein wenig zu befeuchten. Aber wie staunte er als sein Waffers aus dem Gefäße ein blendender Funke hervorkam und ihn mitten in die Jungfrau traf. Obwohl es geraume Zeit dauerte, sammelte sich P. Ferdisch endlich doch, lächelte selig und fuhr mit gänzlich veränderter Stimme fort:

(Fortsetzung folgt.)

# Der Antrag Donat im Budgetausschuß angenommen.

## Sachver an eigentümlichen pro und contra. — Langan a ternde Debatte.

Prag, 12. Mai. Der Budgetausschuß des Senats ging heute in die meritorische Verhandlung über den agrarischen Zollantrag ein. Nach einem mßglückten Versuch des agrarischen Berichterstatters Krobber, die Debatte mit dem Hinweis darauf, daß die Vorlage keine finanzielle Belastung der Staatsfinanzen nach sich ziehe überhaupt zu umgehen, hörte der Ausschuß zunächst die

### Referate der Sachverständigen

Von Ministern waren der Ernährungsminister Hausmann und der Handelsminister Petrovka zugegen. Als erster Experte sprach der frühere Ackerbauminister Dr. Brdlik, der die Frage ausschließlich vom Parteistandpunkt der tschechischen Agrarier behandelte und erklärte, durch die Disparität der Agrar- und Industriezölle erleide die Landwirtschaft einen jährlichen Verlust von 3 Milliarden. Durch Einführung der Zölle müsse man die Gewinne des Zwischenhandels an die Millionen Landwirte überführen; dadurch würde auch deren Kaufkraft für industrielle Produkte steigen. Bei dem Zollsatz 18 (!), wie ihn etwa die Industrie habe, könnte der Staat einen Gewinn von mehr als einem halben Milliarden erzielen; und diese Summe lasse sich der Staat entgegennehmen. Dies genügt wohl vollkommen zur Kennzeichnung der tendenziösen Ausführungen Brdliks.

Der bevollmächtigte Minister Dvořák, der beste Handelsvertragsunterhändler der Tschechoslowakei, setzte sich für einen mäßigen Zollsatz ein, den man aber nicht mechanisch durch Festsetzung eines bestimmten Zollsatzes bestimmen könne. Man müsse vielmehr die einzelnen Getreidearten verschieden behandeln und namentlich auf eine entsprechende Spannung zwischen dem Mehl- und Getreidezoll bedacht sein. Die Ausarbeitung eines definitiven Zolltarifs werde längere Zeit erfordern, man müsse daher im gegenseitigen Einvernehmen ein Provisorium schaffen.

Ein ganz anderes Bild bot das Referat des Professors der tschechischen Handelshochschule Dr. Macek, der gegen das Ziffermaterial Dr. Brdliks scharf polemisierte. Er verwies auf Dänemark, das dank seiner hochkultivierten Landwirtschaft auch die Konkurrenz mit dem amerikanischen Getreide erfolgreich aufnehmen kann, obwohl dieses sich nicht noch wie bei uns durch die hohen Frachtspeisen beim Inlandtransport wesentlich verteuert und so konkurrenzunfähig wird. Der Referent läßt keinen Zweifel, daß sich Zölle zur Gänze in der entsprechenden Preiserhöhung auswirken müßten. Außerdem verteuern die Zölle den Boden, und der Neuerwerb von Grund und Boden habe dann nichts mehr von dem Zollsatz. Die Disparität müsse durch Aufhebung des Bewilligungsverfahrens und durch Ermäßigung der Industriezölle beseitigt werden; Absperremassnahmen gegen das Ausland führen nur dazu, daß auch das Ausland bei uns nichts kauft.

In der Nachmittagsitzung begann die Debatte

über den Zollantrag. Frau Blaminkova (Tschech. Nat. Soz.) wendete sich gegen die Höhe des Zollsatzes; ihre Partei beharre grundsätzlich auf der parlamentarischen Erledigung der Zollfrage. Hierauf sprach sich

### Genosse Rehy

scharf gegen die Vorlage aus und erklärte u. a.: Die Zölle bedeuten eine ungeheure Belastung der arbeitenden Bevölkerung. Dabei kommen sie nur den agrarischen Uebersehproduzenten zugute. Es ist auch unrichtig, daß die Einführung der Zölle keine Verteuerung mit sich bringen wird wie die Antragsteller immer betonen. Der industrielle Arbeiter, der heute schon mit den abgebauten Löhnen nicht auskommen kann, wird durch Einführung der Zollsätze eine weitere Belastung erfahren, die für ihn untragbar sein wird. Es wird zum Ausbruch von Lohnkämpfen kommen, und es wird zum Schlusse dem Drängen der Arbeiterschaft auf Erhöhung der Löhne nachgegeben werden müssen. Eine weitere Folge wird die Förderung der Industrie nach Erhöhung der Industriezölle sein. Dazu kommt, daß 80 Prozent der selbständigen Landwirte, die weniger als 5 Hektar Grund besitzen, keinen Nutzen von diesen Zöllen haben werden, sondern dadurch, daß sie mehr verbrauchen als sie produzieren, direkt geschädigt sind, ebenso die mittleren Besitzer, die auf Dachfrüchte und Viehwirtschaft angewiesen sind. Neben den etwa 500 Millionen Kronen, die der Staat an den Zöllen einnimmt, müssen die Konsumenten zwei bis drei Milliarden an die agrarischen Uebersehproduzenten bezahlen. Die Einführung der Zollsätze, wie sie der Antrag Donat verlangt, bedeutet eine Katastrophe für die gesamte Wirtschaft. Die Hilfe für die Landwirtschaft muß auf ganz anderen Grundlagen aufgebaut werden. Eine solche erblicken wir in der Steigerung des Ertrages der Produktion, in dem Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens, in der Errichtung und Förderung der produktiven und Konsumgenossenschaften sowie in der Bekämpfung des mcherischen Zwischenhandels. Mit den Forderungen der agrarischen Kreise können wir uns aber nicht befassen und werden daher gegen den Antrag stimmen.

Von den folgenden Debatterednern betont der tschechische Sozialdemokrat Modráček, daß der Antrag doch einen mehr politischen Charakter habe. Er weist nach, daß man keineswegs von einem katastrophalen Preisrückgang der agrarischen Produkte in den letzten Jahren sprechen könne, daß dagegen der Rückgang der Löhne und Gehalte in dieser Zeit viel größer sei. Ein Fallen der Getreidepreise unter die Weltmarkthöhe müsse man auf jeden Fall verhindern, doch diese Befürchtungen seien gegenwärtig grundlos. Die ganze Zollkamragne werde nur im Interesse der Großgrundbesitzer geführt; seine Partei halte den Antrag Donat aus sachlichen Gründen für verfrüht und werde daher gegen ihn stimmen.

Von deutscher Seite sprach Senator Dr. Medinger (Christlichsozial), der ausführte, seine Partei und der Deutsche Verband betrachten die Frage lediglich als Wirtschaftsfrage. Es gäbe nur zwei Möglichkeiten: Abbau der Industriezölle oder Zollsatz der Landwirtschaft. Beide Zölle seien den gleichen vorzuziehen und wenn die Zölle als Kompensationsobjekt bei Handelsverträgen sich bewährten, dann seien sie auch für Industrie und Gewerbe zuträglich. Ueber die Höhe des Zoll-

Koeffizienten behalte sich seine Partei noch die Entscheidung vor.

Der deutsche Landbändler Kahler erklärt, wenn die deutschen Agrarier mit den tschechischen in der Zollfrage gemeinsam vorgehen so sei das selbstverständlich. Die landwirtschaftlichen Produkte seien Ende 1925 geradezu unverkäuflich gewesen und wenn die Zollfrage nicht rasch gelöst werde, sei ein Rückgang des Getreideanbaues unvermeidlich. Er beantragt daher eine Resolution, in der für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in dem neuen Zolltarif ein Doppeltarif mit nicht unterschreitbarer Mindestgrenze verlangt wird; dieser neue Tarif hätte in Kraft zu treten, bevor mit Agrarstaaten weitere Verträge abgeschlossen werden.

Gegen 8 Uhr abends wurde über den Antrag Donat die Abstimmung vorgenommen, die mit 9 gegen 6 Stimmen seine Annahme ergab. Dafür stimmten die tschechischen und deutschen Agrarier und Merkanten und die tschechischen Gewerbetreiber, dagegen alle sozialistischen Parteien; der nationaldemokratische Vertreter hatte sich vor der Abstimmung entfernt. Angenommen wurde ferner ein Resolutionsantrag der tschechischen Merkanten, die Regierung möge scharf gegen die Verteuerung der Lebensmittel und gegen die Handels- und Börsenspekulationen einschreiten, ferner ein Antrag der tschechischen Sozialdemokraten, der endlich die Rechnungslegung über den Kunstbündlerfonds fordere.

# Der Antrag Dr. Czech auf nationale Autonomie abgelehnt.

## Angeblieh „formale Gründe“ maßgebend. — Stimmenthaltung der tschechischen Sozialdemokraten.

In der heutigen Sitzung des Initiativsausschusses des Abgeordnetenhauses gelangte der bekannte Schutzollantrag der tschechischen Agrarier zur Verhandlung. Der Vorsitzende Dubický (tschech. Agr.) eignete sich selbst das Referat an, der von sozialistischer Seite dagegen erhobene Widerspruch wurde mit 9 gegen 7 Stimmen abgewiesen. Die deutschen Landbändler und Christlichsozialen stimmten mit den tschechisch-bürgerlichen Parteien. Der christlichsoziale „Arbeitervertreter“, Herr Rajček setzte sich sogar dafür ein, daß der Antrag sofort in Verhandlung gezogen werde, obwohl der Ausschuß erst in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt hatte, die Referate grundsätzlich erst in der auf die Zuweisung nachfolgenden Sitzung entgegenzunehmen. Genossin Kirpal protestierte dagegen, daß der Ausschuß seine eigenen Beschlüsse mißachtet und daß bürgerliche und sozialistische Anträge mit zweifelhafte Maß gemessen werden. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, den Antrag zu verlegen. Genossin Kirpal wurde zur Korreferentin bestimmt.

Sodann referierte Dr. Hajn (Nationaldemokrat) über den Antrag Czech, Hillebrand, Pohl und Genossen, welcher die Regierung auffordert, Gesetzesvorlagen zur Regelung der nationalen Verhältnisse auf Grund der nationalen Autonomie auszuarbeiten und einem zu diesem Zwecke zu wählenden Ausschusse vorzulegen. Der bekannte Chauvinist Dr. Hajn sprach sich natürlich für die Ablehnung des Antrages aus. Ihm erwiderte Genossin Kirpal, worauf Dr. Hajn, was im Initiativsausschuß nicht zulässig ist,

sich ein Schlusswort aneignete. Der Antrag wurde sodann mit 7 gegen 6 Stimmen bei Stimmenthaltung der tschechischen Sozialdemokraten abgelehnt und zwar, weil er keine Bededungsvorschläge enthält und weil die Zuweisung an einen nicht bestehenden Ausschuß beantragt wurde. Diese Begründung verstößt in ihren beiden Teilen gegen die Verfassung und gegen die Geschäftsordnung. Denn nach Paragraph 41 der Verfassung ist nur bei Gesetzen und bei der Ueberreichung eines Bededungsvorschlages vorgeschrieben; was aber die Einsetzung des Nationalrätausschusses betrifft, so wurde diese ordnungsgemäß nach Paragraph 22 der Geschäftsordnung von 21 Abgeordneten beantragt, das Präsidium wäre also längst verpflichtet gewesen, über diesen Antrag abstimmen zu lassen. Es wäre also nicht der vollkommen geschäftsordnungsmäßige Antrag abzuweisen, sondern das Präsidium zur Nachholung seines Versäumnisses aufzufordern gewesen. Uebrigens hätte nichts den Initiativsausschuß gehindert, den Antrag dem Verfassungsausschuß zuzuwenden, wenn er diesen für zuständig hielt (Paragraph 23, Abs. 2 der Geschäftsordnung). Die formalen „Gründe“ waren für die tschechischen Parteien auch nur ein Vorwand, um den Versuch zur Herstellung des nationalen Friedens schon im Keime zu ersticken.

Unter den übrigen Anträgen, mit denen sich der Ausschuß beschäftigte, ist der Antrag Hillebrand und Genossen auf Einführung des obligaten Tschechisch-Unterrichtes bemerkenswert, welcher gegen den Vorschlag des Referenten Dr. Hajn auf Antrag der Genossin Kirpal dem Kulturausschuß zugewiesen wurde.

## Inland.

### Die heutige Husfeier

bildet unter den früheren Regierungsparteien den Gegenstand von Auseinandersetzungen. Die Merkanten haben mit ihrer Hege dort eingesezt, wo sie im Vorjahre den ersten Vorstoß durch die plötzliche Abreise des päpstlichen Nuntius unternahmen. Der daraus entstandene Konflikt besteht weiter und da es die tschechoslowakischen Staatsbürger ein Jahr lang ganz gut ohne die Anwesenheit eines päpstlichen Vertreters in Prag ausgehalten haben, haben die Merkanten nichts, mit dem sie drohen könnten. Nicht einmal die Drohung mit dem Austritt aus der Koalition versängt, da es keine gibt. Die Merkanten, deutsche wie tschechische, suchen daher durch die Presse auf die Gestaltung der Husfeier Einfluß zu nehmen. Sie hätten nichts, so versicherte vor einiger Zeit das Hauptorgan der deutschen Merkanten, gegen eine Husfeier, nur dürfe sie nicht demonstrativ antimerkantilen Charakter tragen. Wenn das tschechische Volk Hus wegen seiner Verdienste um die Verbesserung der tschechischen Rechtsprechung feiern wollte, so hätte der Vatikan gar nichts einzuwenden und dann stünde auch der Rückkehr des Nuntius nichts im Wege. Hus als Verteidiger und Kämpfer für die Wahrheit und Freiheit des Gewissens gegenüber der katholischen Kirche, das wollen die Merkanten nicht dulden.

In dem Kampfe um die Art der Husfeier verhalten sich die tschechisch-bürgerlichen Parteien, Nationaldemokraten, Agrarier und Gewerbetreiber sehr reserviert, es beginnt eben auch das tschechische Bürgertum, seitdem es an der Staatsmacht ist, im Merkantilismus einen starken antisozialen Faktor zu erkennen und will mit Rom seinen Frieden schließen.

Eingeleitet wurde die Friedensaktion schon einige Monate nach dem Abgang des Nuntius durch Svěhla höchst persönlich, der damals mit dem Erzbischof Korvů über ein Konkordat verhandelte. So stellte sich Svěhla die Vereinigung

des Streites zwischen Prag und Rom vor: anstatt Trennung der Kirche vom Staate ein Konkordat mit Rom, das heißt eine Befestigung der Macht der katholischen Kirche in der Republik! Die Merkanten drohen und verbieten, aber im tschechisch-bürgerlichen Lager herrscht Ruhe. Gegen das Treiben der Merkanten, die sich anmaßen, dem tschechischen Volke zu diktieren, wie es seinen größten Sohn feiern dürfe und wie nicht, erhebt sich nur bei dem tschechischen sozialistischen Parteien Widerstand.

Für die Regierung taucht die Frage auf, ob sie sich, wie dies im Vorjahre geschah, an den Husfeierlichkeiten beteiligen solle. Die Blätter melden, die Regierung berate darüber mit den Parteien und sie werde auch Verhandlungen mit dem Vatikan (!) einleiten. Das wäre jedenfalls eine merkwürdige Vorfeier für Hus! Erleichtert wird die Situation für die Regierung dadurch, daß der Husfeiertag mit dem großen Sokolfest in Prag zusammenfällt, an dem die Regierung teilnehmen wird, so daß es der Regierung ermöglicht wird, an der Husfeier teilzunehmen, aber unter dem Namen des Sokolfestes.

Im nächsten Jahre wird die Regierung einer klaren Stellungnahme nicht entgehen. Sie wird dann bekunden müssen, ob sie der Auffassung ist, daß der Staat souverän ist, oder ob er unter der Vormundschaft Roms steht!

### Eine Zeitung für die Deutschen aus der Tschechoslowakei im Ausland.

Am 1. Mai ist unter dem Titel „Deimatsbote“ ein neues Blatt erschienen, das sich eine „Zeitschrift für die Interessen der tschechoslowakischen Staatsangehörigen im Ausland“ nennt. Abgesehen davon, daß sich diese Zeitschrift durch eine außerordentliche Langweiligkeit auszeichnet, gibt sie sich äußerlich und inhaltlich das Gepräge einer deutschen sozialdemokratischen Zeitung. Dieser Umstand, der leicht zu irrigen An-

nahmen führen könnte, zwingt dazu, festzustellen, daß die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei mit diesem Blatte nicht das geringste zu tun hat. An erster Stelle steht ein Artikel „Zum 1. Mai“, bei dessen stilistischen Vertiefungen man sich nicht länger aufhalten braucht, der aber offensichtlich den Eindruck erwecken soll, als wäre die Meinung ein Blatt unserer Partei. In einem zweiten Artikel wird der „Weg“ der Zeitschrift dahin erläutert, sie wolle alle Sorgen, Schmerzen und Freuden der tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die im Auslande leben, „teilen“, die Interessen der Auswanderer vertreten und unter anderem auch eine „Zusammenarbeit aller Organisationen und Gruppen der tschechoslowakischen Staatsangehörigen im Auslande ohne Unterschied der Nationalität herbeiführen.“ Der wirkliche Zweck, der zur Herausgabe des „Deimatsboten“ geführt hat, dürfte erst bei den folgenden Nummern des Blattes in Erscheinung treten. Ueber diesen Zweck scheint eine im „Rodni Dvobozeni“ erschienene Notiz mehr Aufklärung zu geben, als man aus der vorstichig abgefaßten ersten Nummer herauszufühlen vermag. Das „Rodni Dvobozeni“ begrüßt das Blatt als „schon lange sehr notwendig“ und versichert den „deutschen Landsleuten“ im Auslande, daß sie im „Deimatsboten“ ein Blatt erhalten, welches „zwischen ihnen und der tschechoslowakischen Republik ein Band bilden und viele Vorurteile der tschechoslowakischen Republik gegenüber zersprengen wird.“ Danach handelt es sich bei dem Blatte und nichts anderes, als um eine neue Form der nachgerade berühmten tschechoslowakischen Auslandspropaganda. Es fragt sich nun, wer an dieser Art der Propaganda und an der Zerstreuung der „Vorurteile“ gegenüber der tschechoslowakischen Republik ein Interesse hat, mit einem Wort: wer das Blatt finanziert? Als Herausgeber zeichnet der frühere tschechische sozialdemokratische Senator Karl Folber. Wer steht nun dahinter: die Regierung, die tschechische sozialdemokratische Partei? Oder ist es ein Privatunternehmen? Gedruckt ist das Blatt in der Druckerei der tschechischen Sozialdemokraten. Eine Antwort auf unsere Fragen ist notwendig. Wir werden, wenn sich herausstellen sollte, daß die tschechischen Genossen dahinter stehen, uns dann die Frage zu stellen erlauben, was sie dazu sagen würden, wenn wir etwas ähnliches täten, das heißt, wenn unsere Partei etwa eine in tschechischer Sprache geschriebene Zeitschrift zur Aufklärung über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei für die tschechischen Staatsangehörigen im Auslande oder auch nur im Inlande herausgeben würden?

### Nochmals die schlesische Optionstrage.

Lucretiusberichten der Nationaldemokraten. Zu unserem Bericht über die Vorgangsweise der tschechoslowakischen Verwaltungsbehörden bezüglich der schlesischen Option, wird uns von unserem Berichterstatter weiterhin gemeldet:

Der eigentümliche und unverständliche Standpunkt des Innenministeriums, respektive des Referenten im 21. Departement, welcher im Gegensatz zu dem klaren Wortlaute der Vereinbarung vom 28. Juli 1920 und der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes vom 27. Jänner 1920, vielen hundertens tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft abspreschen will, wird vielleicht eine Erklärung finden, wenn man hinter den Kulissen die politischen Parteien an der Aktion beobachtet kann. Wie wir von bestinformierter Quelle erfahren, hat der Konventikel der tschechischen Nationaldemokraten in Ost-Schlesien in Prag Schritte unternommen, um die Folgen der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes hintanzuhalten. Damit wollten, wie in der Besprechung selbst betont wurde, die Nationaldemokraten zwei Fliegen mit einem Schlag treffen. Einerseits den tschechischen Bewohnern Ost-Schlesiens mit dem Staatsbürgerrecht auch das Wahlrecht nehmen, andererseits hoffen sie, durch einen intransigenten Standpunkt des Ministeriums des Innern, ihrem beschriebenen Gegner, Dr. Benes, eine außenpolitische Schwäche zu bereiten. Nach der Publikation des Ueberkommens zwischen Polen und der Tschechoslowakei, am 29. April 1926, werden alle Optionsberechtigten, die bis heute ihre Option nicht abgegeben haben, innerhalb dreier Monate das Recht haben, in einem der beiden Staaten um das Staatsbürgerrecht anzufuchen, welchem Ansuchen der Staat in der loyalsten Weise stattzugeben verpflichtet ist. Das heißt, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen, die in den Uebereinkommen angeführt sind, darf die Staatsbürgerschaft verweigert werden.

Es scheint nicht glaubhaft, daß das Ministerium des Innern einen derart wichtigen Vertrag, der erst nach der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes zwischen den Vertragspartnern ratifiziert wurde, nicht kennen sollte. Nun beginnen auch die polnischen Parteien im Warschauer Sejm für die Art und Weise, wie das Innenministerium sich zu den Staatsverträgen und deren Einhaltung stellt, ein lebhaftes Interesse zu bekunden, und wie verlautet, soll bezüglich des Standpunktes der tschechoslowakischen Regierung zur Options- und Staatsbürgerfrage eine Interpellation an die Minister des Innern und Innern im Warschauer Sejm erfolgen.

Herr Doktor Benes wird sich dann bei seinen Koalitionskollegen, den Nationaldemokraten, für ihr Einverständnis in seine Suppe bedanken können.

### Krofta rüdt zur Verteidigung aus!

Vor mehr als zwei Wochen haben wir uns mit dem Vortrage beschäftigt, den Herr Prof. Dr. Kamil Krofta, tschechoslowakischer Gesandter in Berlin, dort in der „Mittwochsgesellschaft“ gehalten und in dem er, der doch Abgeandter eines Staates mit dreieinhalb Millionen deutschen Bewohnern ist, den wohl beifpiellosten Versuch unternommen hatte, Politiker, Journalisten, Gelehrte usw. im Sinne der tschechischen autonomen Regierers als durchaus gerechter und demokratischer Schicksalsbestimmer für die Deutschen in der Tschechoslowakei zu beeinflussen. Wir haben an Hand eines Berichtes, der uns von durchaus verlässlicher Seite übermittelt wurde, aufgezeigt, was für ein phantastischer Märchenerzähler dieser Herr Gesandte ist, der es, was die nationale Frage anlangt, für seine Aufgabe hält, traurige und eberne Tatsachen zu beschönigen, zu entstellen, zu leugnen, zu verschweigen und umzudichten.

Herr Krofta hat bis heute auf unsere Feststellungen geschwiegen. Nur die „Prager Presse“ ließ sich gestern aus Berlin einen Rechtfertigungsversuch schreiben, der aber als reichliche Spägeburt vermutlich in den Zimmern der Berliner Gesandtschaft zur Welt gekommen sein dürfte. Der unbekanntere Verteidiger geht nicht etwa auf den Inhalt des Vortrages oder auf unseren Kommentar dazu ein — diesen glaubt er mit der Qualifikation „unfachlich und auferogert“ abtun zu dürfen — sondern er beruft sich in einer langen Polemik lediglich darauf, daß aus der „geschlossenen“ Mittwochsgesellschaft usuell keine Berichte in die Presse kommen dürften, daß die beim Vortrage Kroftas anwesenden Vertreter der Presse auf diese Vertraulichkeit ausdrücklich aufmerksam gemacht worden und daß es daher einer „Verletzung des Gastrechtes und glatten Vertrauensbruch“ gleichkäme, wenn nun unsere Presse doch über seinen Vortrage berichtet. Nun, wir waren auf diesem „überparteilichen Boden“ nicht geladen, so daß wir also weder Gelegenheit hatten, dem Herrn Krofta dort unsere Meinung zu sagen, noch hier ein Vertrauen zu brechen, das wir zu Herrn Krofta jetzt schon gar nicht haben. Aber was ist das doch für ein merkwürdiger Gesandter, der im Ausland vor Politikern und Journalisten Vorträge über die brennendste tschechoslowakische Frage hält und sie vertraulich, mit Schweigepflicht, gestaltet.

Die „Prager Presse“ läßt sich weiter aus Berlin schreiben, daß vor unserer Wiedergabe eines Auszuges aus dieser Krofta-Rede schon ein Berliner deutschnationales Blatt darüber berichtet hätte, und will uns nun mit dem „deutschnationalen, monarchistischen und kapitalistischen Blatte“, mit dem wir angeblich aus einer Quelle schöpfen, in eine Linie stellen. Und im Zusammenhang damit, will uns ausgerechnet dieses Regierungsblatt Belehrungen über die richtige Haltung und Methoden eines sozialdemokratischen Blattes erteilen! Da lachen wirklich die Hühner! Aber es sei dennoch, damit Herrn Krofta jede Ausrede fehle, festgestellt, daß wir weder von dem „warmeren Irredentisten“ noch von seinem Berichte in dem Berliner deutschnationalen Blatt bis heute etwas gewußt haben. Informationen von dieser Seite, stellen wir politisch und moralisch ungefähr so hoch, wie solche aus der „Prager Presse“. Unsere Quelle ist aber so gearret, daß es auch dem tschechischen Regierungsblatt mit nicht immer deutscher Umgangssprache schwer fiel sie anzuzweifeln. Was aber den Inhalt der Krofta-Rede anlangt, auf die, wie gesagt, der tägliche Verteidigungsversuch mit keinem Worte eingeht, so wird unsere Darstellung vielleicht bald eine Ergänzung erfahren: derselbe Herr Krofta nämlich, der in Berlin nur „vertraulich“ sprach und von „Vertrauensbruch“ fafelt, läßt jetzt durch die „Prager Presse“ wissen, daß er „seinen Vortrage ohnedies an geeigneter Stelle veröffentlicht wird“. Da kann man wohl sagen: der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe. Hoffentlich nehmen es ihm die ganz auf Vertraulichkeit eingestellten Mittwoch-Gesellschaftler nicht übel, und schauen ihm auf die Finger, wenn er seine „überparteilichen“ Erzählungen nun, von uns gezwungen, auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht.

## Amundsen überfliegt den Nordpol.

Oslo, 12. Mai. Das Luftschiff „Norge“ hat um 1 Uhr morgens den Nordpol überflogen und die norwegische, die amerikanische und die italienische Flagge herabgelassen.

Berlin, 12. Mai. Ueber die Fahrt des Polarluftschiffes „Norge“ melden die Blätter noch einige Einzelheiten. Danach ist die Mannschaft, welche aus Amundsen, Elsworth, Nobile, Kaiser-Larsen, sieben Norwegern und fünf Italienern besteht, mit warmer Kleidung und Pelzen reichlich versehen. Um ein Einfrieren des Kühlwassers der Motoren zu verhindern, ist diesem starker Glyzerinzusatz beigegeben worden. Die plötzliche Eile Amundsens ist auf den Erfolg Byrds und auf dessen Plan, zu einem zweiten Polflug aufzusteigen, zurückzuführen. Der Aufstieg der „Norge“ ging ohne Zwischenfall vor sich. Amundsen und Nobile rechnen damit, wenigstens 60 Stunden in der Luft bleiben zu können, innerhalb welcher die notwendigen wissenschaftlichen und geographischen Feststellungen am Pol gemacht werden könnten. Nobile erklärte, selbst wenn alle drei Motoren versagen und das Benzin ausgehen würde, könnte das Luftschiff noch einen Monat in der Luft bleiben und sich vom Winde nach dem nächsten Festlande treiben lassen. In Kingsbay erwartet man vor Ablauf von 48 Stunden keine Nachricht von der „Norge“. Die Entfernung von Kingsbay nach dem Ort Point Barrow in Alaska beträgt 3400 Kilometer. Es besteht die Absicht, womöglich Rom in Alaska zu erreichen. Byrd will denselben Weg über den Pol nach Alaska einschlagen und sein Start steht der „Rossischen Zeitung“ zufolge unmittelbar bevor.

Berlin, 12. Mai. Nach Funksprüchen aus New York meldet die „N. Z.“ am Mittag: Als die „Norge“ zufolge der Berechnungen Larsens feststellte, sich über dem Nordpol zu befinden, ging das Luftschiff in möglicste Erdnähe nieder, die Motoren wurden gestoppt und aus dem Steuerbordfenster der Führergondel senkte Amundsen die norwegische Flagge auf den Pol hinab, Mister Elsworth die amerikanische und Nobile die italienische Flagge. Am Pole herrschte leichter Nebel, der zeitweise von Sonnenstrahlen durchbrochen wurde. Nach vorher vom 86. Breitengrade abgeschickten Berichten beträgt die Temperatur 12 Grad Celsius unter Null, die Geschwindigkeit des Luftschiffes 92 Kilometer, die Flughöhe 750 Meter. Schon von 3 Uhr nachmittags ab konnte man nirgends mehr offenes Meer oder Fahrinnen im Eise erblicken, nur ununterbrochene unformige Eismassen, auf denen hier und da Eisbären sichtbar wurden. Die unendliche Eiswüste bot vom Luftschiff aus einen unbeschreiblich großartigen Anblick. Die drei herabgelassenen Flaggen blieben im Eise stecken. Die „Norge“ setzte, nachdem sie den Pol elichemals umkreist hatte, die Fahrt südlich nach Barrow fort. Das Luftschiff fährt jetzt mit einer Geschwindigkeit von 80 Kilometern in der Stunde. Kommandeur Byrd dürfte auf seine ursprüngliche Absicht, den Polflug zu wiederholen, verzichten. Die Führer des Kongresses sind dahin übereingekommen, daß Byrd Beweise dafür vorlegen müsse, daß er den Nordpol erreicht habe, die von den Marinebehörden nachgeprüft werden sollen, ehe die angeregte Verleihung der Kongressmedaille und die Erhebung Byrds zum Range eines Admirals beschlossen wird.

### Devi'entur'e.

#### Prager Kurse am 12. Mai.

	Gold	Mar.
100 holländische Gulden ..	1358 50.-	1264 50.-
100 Reichsmark ..	873 25.-	807 25.-
100 belgische Franken ..	105 55.-	106 95.-
100 Schweizer Franken ..	653 25.-	658 25.-
1 Pfund Sterling ..	163 91.-	165 11.-
100 Lire ..	133 55.-	134 95.-
1 Dollar ..	33 70.-	34.-
100 französische Franken ..	105 30.-	106 70.-
100 Dinar ..	59 47 50	59 97 50
10.000 ungarische Kronen ..	4 08 75	4 78 75
100 polnische Zloty ..	317.-	323.-
100 Schilling ..	478 25.-	479 25.-

## Tages-Neuigkeiten.

### Der neue Wieland.

Es klingt aus alter Sage von einem Zauberschmied heraus in unsre Tage ein uraltes Lied.

Am Feuer seiner Esse aus Silber, Erz und Gold schuf Wieland reiche Schätze in seines Königs Sold.

Im Solde seines Königs, der ihm die Freiheit nahm; daß er ihm nicht entrinne, mach' er den Meister lahm.

Zerschmitt dem Schmied die Sehnen, zwang ihn in Sklaventon.

Für Wielands bittere Klage fand er nur Spott und Hohn.

Am Anbock stand der Alte, bei jedem Hammer-schlag sann er auf seine Noche und auf der Freiheit Tag.

Aus starken Adlerschwüngen schuf er ein Federkleid, das hielt er wohl verborgen zu seiner Noche bereit.

In hellen Vollmondnächten er seine Flügel schwang, zu üben seine Kräfte, bis ihm der Flug gelang.

Die Königskinder kamen einst zu der Schmiede Glut und Wieland, rachedurstig, erschlug des Königs Brut.

Schwang dann sich in die Lüfte; flog ohne Last und Ruh' dem Lande seiner Sehnsucht, dem Land der Freiheit zu.

Es hob aus Klendstiefen das ew'ge Schicksalsrad empor den neuen Wieland, das Proletariat.

Auch diesem neuen Wieland in seines Daseins Qual reicht statt des Brotes Steine der König Kapital.

Er hat das Volk der Arbeit, die uns ein Gott gesandt, er hat das Volk der Freiheit ins Sklavensoch gespannt.

Empor, du starker Wieland, zerreiß der Ketten Band, laß rauschen deine Schwingen empor zum Sonnenland!

### Dunkle Gestalten.

Die Tschechoslowakei ist vor kurzem auch äußerlich um einen neutralistischen, mussolinistischen Charakterzug bereichert worden: das schwarze Hemd hat hier und da schon offiziellen Einzug gehalten und wird, ganz so wie in Italien, in erster Linie zur Verschönerung der

Bahnhöfe verwendet. Wenn man beispielsweise nach sonniger Fahrt in der Station Olmütz ankommt, wird's einem plötzlich schwarz vor den Augen: da stehen die schwarzen Kerle, etwa ein halbes Dutzend, die den Tschechoslowaken repräsentieren. Und wahrlich sie gleichen ihren italienischen Vorbildern bis aufs Haar. Schwarz vom Scheitel bis zur Sohle, mit finsternen, drohenden Mienen, in einer Haltung, die nur auf „Provoziertwerden“ wartet, und mit einer Spannung in den Gesichtern, die zu befagen scheint, daß die Bur-schen selber ihre Ueberflüssigkeit und Nichts-möglichkeit fühlen, und darum doppelt jeden Schein eines Anlasses begrüßen würden, an dem sie das Gegenteil beweisen könnten. Wenn solch ein Schwarzhemd an einem vorüberstreift, hat man sofort die Empfindung, daß der Mann nur darauf lauert, irgendwie „eingreifen“ zu können.

Der Reisende in der Tschechoslowakei tut instinktiv das, was der Italiener macht: er ignoriert diese abscheulichen Gestalten, die sich nicht entblenden, ihre, na, sagen wir: ihre Bedenkslichkeit durch Uniformierung sinnfällig zu machen. Ist aber auch völlige Ignorieren die einzige Haltung, die man diesen traurig-lächerlichen Masken gegenüber bewahren kann wenn sie etwa auf einem Bahnhof ihre „Macht“ zur Schau stellen, so ist es um so mehr Pflicht des Staates und seiner Behörden, diesem unheimlichen Spuk höchstes Augenmerk zuzuwenden. Vielleicht wird man die Geschichte zu bagatellisieren versuchen, indem man sagt, daß die Schwarzhemden am Olmücker Bahnhof nur eine ganz zufällige, durchaus nicht alltägliche Erscheinung waren. Nun, solche Zufälligkeiten und Einzelsfälle pflegen gerne sich zu wiederholen und jedenfalls wird bei den Schwarzhemden stark die Neigung vorhanden sein, irgendwo ihre Existenz jederzeit nachzuweisen, sei es auch nur, indem sie auf Bahnhöfen sich in der höchst ungläubwürdigen Rolle eines Wahrzeichens der betreffenden Stadt den Ankömmlingen zeigen. Man muß beizeiten dafür Sorge tragen, daß die 150 Männchen in Olmütz und anderwärts zum Bewußtsein kommen, daß in der Tschechoslowakei das schwarze Hemd denn doch eine Privatangelegenheit ist. Im übrigen wird jeder solcher Mussolinier durch sein bloßes Erscheinen in den Arbeitern das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Bereitschaft wachhalten, damit diese in Aktion trete, falls es das Verhalten der Faschisten erfordern sollte.

### Feierfeil und Ledebur

oder  
Glaube und Heimat.

In einer Stadt Deutschböhmens sind nebeneinander die Porträts Monsignore Feierfeils und des Grafen Ledebour ausgestellt. Etwa so also, wie in der „großen Zeit“ weiland Wilhelm und Franz Josef. Unter den Bildern (nämlich der beiden christlichsozialen Parlamentarier) steht die Inschrift zu lesen: „Für Glaube und Heimat“. Womit nicht etwa gesagt sein soll, daß Feierfeil nur für den Glaube, Ledebur nur für die Heimat streite; nein, so wie der Glaubensritter Feierfeil — weil ihm, dem deutschen Priester! — Deutschester der Deutschen ist, so hat sich wiederum der Heimatgraf Ledebur mit Herz und Hand auch der Kirche ergeben. Die Porträts und die dazu gehörige Inschrift scheinen aber schon vor längerer Zeit hergestellt worden zu sein. Denn sonst müßte der „Wahrpruch“ mindestens erweitert werden, und zwar so: „Für Glaube, Heimat und sechs-sache Bölle“. Dann erst käme nämlich dem christlichen deutschen Volke richtig zum Bewußtsein, daß die Feierfeil und Ledebur zur christlichen Auspönerung der deutschen Arbeiter sich mit den tschechischen Agrariern verbinden.

Aber auch ohne den Zusatz von den Böllen wird sich jeder seinen Vers auf das Motto „Glaube und Heimat“ machen, bei dessen Nennung so manchem das Schönerherr Drama gleichen Namens einfallen dürfte. Dort wird die Tragödie der alpenländischen Protestanten geschildert, die von den Habsburgern und ihren Pfaffen um ihres Glaubens willen mit Feuer und Schwert aus der teuren Heimat verjagt wurden. Diese salzburgischen Bauern waren so „gut deutsch“ wie nur irgendjemand und auch ihr Christentum konnte sich neben dem ihrer Peiniger wohl sehen lassen.

Wie wahr, wie echt, wenn heute ausgerechnet ein Nachfahre dieser alpenländischen Gesellschaft und dieses selben österreichischen Adels, die die Stützen des Habsburgerthrones waren, auf den Markt gehen und mit dem Bekenntnis zu Glaube und Heimat Popularität erobren wollen! Merkmalismus und Feudalismus — das ist die Parole, die unter die Porträts dieser beiden „Volksmänner“ gehört. Und daß die Arbeiter dem Doppelbildnis diesen Text geben, darauf können Pfaff und Graf Gift nehmen.

Serrati gestorben. Wie aus faschistischer Quelle gemeldet wird, ist einer der ehemaligen Führer der italienischen Arbeiterpartei und langjähriger Leiter des Zentralorganes der italienischen Sozialdemokratie Giacinto Serrati gestorben. Serrati war bei Kriegsende der Führer der radikalen Majorität in der Partei, aber er führte sie — zu Spaltung und Niederlage. Die italienische Partei war die erste und einzige der großen Parteien des Westens, die sich als ganze der bolschewistischen Illusion verschrieb, und auf dem zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Weltinternationale war Serrati ein vielgefeierter Vorstandsmitglied. Aber weder vermochte seine Partei auf die Dauer das schroffe Kommando Moskaus zu ertragen, noch er selber sich der starren Bindung zu fügen: aus dem Gefeserten wurde bald der „Verräter“. Auf dem Parteitag von Livorno 1921 kam es zur Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialisten, weil Serrati die Ausschließung der „Reformisten“ um Turati aus der sozialistischen Partei nicht zulassen wollte. Ein Jahr später, auf dem Parteitag von Rom, folgte dann doch die Trennung der beiden sozialistischen Gruppen: der Sozialisten Turatis und der „Maximalisten“, an deren Spitze Serrati blieb. Aber schon war inzwischen die Macht der italienischen Arbeiter im August 1920 so gesunken, daß Mussolini am 28. Oktober den Marsch nach Rom wagen konnte — und seither lastet die Faust des Faschismus gleich schwer auf allen Fraktionen des italienischen Proletariats. Aber noch waren Serratis Wandlungen nicht vollends abgeschlossen. Er, der eine Zeitlang Anschluss an die Wiener Arbeitergemeinschaft gesucht hatte, versuchte nun innerhalb seiner Partei, die in ihrer zweideutigen Mittelstellung außerhalb jeder internationalen Organisation verharrte, für den Wiederanschluss an die Dritte Internationale zu wirken. Von der Leitung des „Avanti“ entfernt, gründete er eine Sondergruppe, wurde aber schließlich vollständig kaltgestellt und hat sich seither von der aktiven Politik ziemlich zurückgezogen. Serrati hat viel geirrt, aber er hat ehrlich gestrebt und der Arbeiterklasse müßig gedient. Da nun sein unruhiger Geist zur Ruhe ruft, mag man von ihm sagen, daß einer dahingeht, der Großes gewollt und Großes zerstört hat.

Geographische Entdeckungen der Zukunft. Da nun programmäßig der Nordpol überflogen zu sein scheint, was man dann seine Entdeckung nennen kann, bleiben wenige Gegenden auf unserer Erde übrig, die noch Gelegenheit zu Entdeckungen bieten. Vielleicht gewisse Gebiete im Innern von Afrika und von Neuguinea, einige Bezirke im zentralen Südamerika und einzelne Stellen an der sibirischen Nordküste Sibiriens. Ueberraschungen sind dabei kaum zu erwarten, weder neue Völker noch neue Schätze. Die Geographie scheint also sozusagen eine „fertige Wissenschaft“ geworden zu sein. Das ist aber doch nicht der Fall. Denn wir kennen ja die auf dem Boden der Meere gelegenen Länder noch gar nicht, und da wir wissen, daß Meere und Kontinente im Laufe der Jahrtausende gelegentlich ihren Platz wechseln, haben die Teile unseres Planeten, die heute auf dem Grunde der Ozeane liegen, prinzipiell das gleiche Recht, als Erdoberfläche zu gelten, wie jene Gebiete, die heute Festland sind. Sie zu erschließen ist nun eine ungeheure Arbeit, die nicht ausführbar ist, wenn nicht eine hochentwickelte Technik die Vorbedingungen dafür schafft. Bis vor wenigen Jahren galt eine Tiefe von dreißig Meter als Grenze des Eindringens in die Welt unter dem Meeresspiegel. Heute sind wir bereits bei hundertzwanzig Meter angekommen und größere Fortschritte sind zu erwarten. Wer wird der Entdecker der versunkenen Insel Atlantis sein? Ihre höchsten Gipfel liegen nur wenige hundert Meter unter dem Wasser, tausend Kilometer südwestlich von den Kanarischen Inseln. Was befindet sich auf dem siebentausend Kilometer breiten Streifen zwischen der peruanischen Küste und dem Beginn der australischen Inselwelt auf dem Boden des Pacific? Das sind Fragen einer künftigen Geographie.

Eine Ausstellung „Die Hochschule“. Die Stadt Bonn plant für 1928 im Einvernehmen mit den Hochschulen, dem preussischen Kultusministerium und dem Reichsministerium des Auswärtigen eine große internationale Ausstellung „Die Hochschule“, die einen geschlossenen Ueberblick über das gesamte geistige Schaffen, die Entdeckungen und Errungenschaften der Universitäten sowie über ihre Beziehungen zum geistigen und kulturellen Leben der Völker geben soll. Die Ausstellung soll auch ein Versuch sein, die internationalen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Hochschulen, die durch den Krieg zerrissen sind, wieder neu zu knüpfen.

## Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Freitag.

Prag, 11.30, 12, 14, 18.15, 20, 22: Nachrichten; 16.30: Konzert; 19: Deutsche Sendung Prof. Dr. Wirt, Tschschen-Liebwerd: Behandlung und Pflege der Landmaschinen; 20.02: Zeitlicher Musikabend; 21.10: Serrati des Radio-Journals. — Brunn, 14.30, 16: Nachrichten; 19: Konzert des Tamburinakors; 20: Proben aus der „Fiedermaus“. — Wien, 16.15: Konzert; 17.15: Märchen der Heimat; 19: Uebertragung aus der Wiener Staatsoper. — Berlin, 17: Konzert; 19.50: „Anführung in die astronomische Erdkunde“, 20.30: Bunter Abend — Leipzig, 12: Mittagsmusik; 16.30 und 17.30: Konzerte; 19: Selbstfahrt auf die Zugspitze, Erlebnisse und Eindrücke

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 521, London 265, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 448, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Böhlich 515.

**Das Sprachenrecht als Mittel der Schilfe.**  
Der Arbeiterverein „Kinderfreunde“ überreichte bei der Direktion der Staatsbahnen vor schriftsmäßige und richtig ausgefüllte Anmeldungen für Gemeindefreizeinsparungen zu ermäßigtem Fahrpreis. Nunmehr erhielt diese deutsche Organisation die Anmeldungen zurück, weil sie auf zweisprachigen Formularen erfolgt waren. Alles große und kleinliche Unrecht in der Sprachenbehandlung kommt in diesem Falle deutlich zum Ausdruck. Man wird es außerhalb der Tschechoslowakei kaum glauben und auch nicht verstehen können, daß eine deutsche Organisation, noch dazu bei solcher Vorgabe, nicht einmal mit einem tschechisch-deutschen Formular zurückkommen soll, wo es doch schon tauzigmal wäre, wenn Gliedern einer Nation von dreieinhalb Millionen in der Tschechoslowakei nur die ausschließlichliche Verwendung ihrer Muttersprache verweigert wäre. Aber damit hat man nicht genug; es muß einsprachig — tschechisch sein! Natürlich verurteilt der Organisationsrat diese Zurückweisung wieder Kosten an Mühe und Zeit. Es soll aber Bürokraten geben, die in gewissen Fällen auch solche Nebenwirkung nicht ungerne sehen.

**Die Aufrechterhaltung der deutschen Landesstellen der allgemeinen Pensionsanstalt.** Mit Rücksicht auf den seit ihrer letzten Vorprache eingetretenen Ministerwechsel haben am 5. Mai 1926 wiederum sämtliche Spitzenverbände der deutschen Angestellten, ebenso die Dienstgeber in Industrie, Handel, Gewerbe und Land- und Forstwirtschaft beim derzeitigen Leiter des Ministeriums für soziale Fürsorge, Minister Dr. Schiele, vorgeprochen, um ihm die einheitlichen Wünsche aller beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf unbedingte Aufrechterhaltung aller deutschen Landesstellen der allgemeinen Pensionsanstalt (Prag, Brünn, Troppau) vorzutragen. An Hand der ihm so wie seinem Vorgänger überreichten Denkschrift wurde die Forderung sachlich begründet.

**Die Staatsbahndirektion Prag—Süd teilt mit:**  
Zu dem um 11 Uhr 15 von Prag-Břevnovbahnhof abfahrenden Pariser Schnellzuge und zu dem um 2 Uhr 48 Minuten von demselben Bahnhof abfahrenden Schnellzuge Nr. 18 nach Lestereich, Italien und Jugoslawien sind ab 15. Mai l. J. sowohl bei der Personalkasse Nr. 13 in Prag als dem Břevnovbahnhof (in den Amtsstunden) wie auch beim tschechoslowakischen Reise- und Verkehrsbüro (Cedok) schon eine Woche vor der Abfahrt der Züge Platzkarten erhältlich.

**Der gefälschte Grenzschein.** Die Handschuhnäherin Anna N. in Zwettl wurde am 12. Dezember 1925 beim Zollamt Wittighaus zur Ausweisleistung angehalten und legte eine Grenzscheinung des Gemeindefreizeinsparers vor, in der offensichtlich das Ausstellungsdatum gefälscht war. Während die N. erst angab, die Fälschung müsse der Gendarm gemacht haben, wollte sie sich später dahin veranworten, daß die Fälschung ihre Kinder ohne ihr Wissen gemacht haben dürften. Das Kreisgericht Eger verurteilte Anna N. wegen verletzten Betruges zu vierzehn Tagen Kerker, bedingt mit Bewährungsfrist von einem Jahre.

**Wieder eine christlichsoziale Konsumgenossenschaft zusammengebrochen.** Im Jahre 1920 gründeten die Christlichsozialen in Schwabenberg (Steiermark) den Sulmtaler Wirtschaftsverband. Unter den christlichsozialen Nachbarn, die an der Spitze standen, war der Monarchist Pauland und der Landtagsabgeordnete Prach. Die Freundes- und sonstige Miswirtschaft, die in der Konsumgenossenschaft herrschte, zeitigte rasch die übelsten Folgen. Schon 1921 war ein größeres unbedecktes Passivum da, das aber den Mitgliedern verborgen wurde. Man nahm bei den christlichen Banken der Hinteln und ihrer Schulden zu Wucherzinsen auf. Damit wurde der Zusammenbruch natürlich nicht aufgehalten. Die Zwerggenossenschaft ist nun unter einer Schuldlast von 50.000 Schilling zusammengestürzt. Am

**„Nordpolfahrten.“**

Es mag einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß „Nordpol-Expeditionen“ und „Nordpol-Fahrer“ in unserem Zeitalter der Pressemache genau so „gemacht“ werden wie Kinoskizzen, Moden und manchmal auch Politiker. Der Einfluß und die Sensationslust der Presse sind so groß, daß selbst Nordpolforscher von Ruf sich mit einem üblichen Presseschema umgeben müssen, um in der Öffentlichkeit bemerkt zu werden und das Geld für eine Expedition zusammenzubringen. Amerikanische und englische Mätr haben schon manche „Nordpol-Expeditionen“ finanziert, für die wissenschaftliche Organisationen oder Regierungen kein Geld übrig hatten, weil die Teilnehmer und der Expeditionsplan keine wissenschaftlichen Ergebnisse erwarten ließen. Aber darauf kam es der Presse gar nicht an. Die großen amerikanischen Blätter brauchen nur spannend geschriebene Berichte, fälsche Berechnungen, ein paar gute Jagdaufnahmen und vielleicht auch ein paar kleine „Matastrophen“. Einige dieser von amerikanischen Zeitungstrüsten ausgeschickten „Forscher“ sind auf Grönland mit den dortigen dänischen Behörden in Konflikt geraten, weil sie lediglich wegen der spannenden Zeitungsbesenktion Zusammenkünfte mit den Eskimos provozierten. Kurz vor dem Kriege war ein Kapitän Wilkott von einem amerikanischen Zeitungstrust mit Schiff und Proviant für eine Grönlandforschung ausgestattet worden. Grönland war ihm aber zu kalt und vielleicht auch zu gefährlich, und so lag er die ganze Zeit in einem Hafen der Shetland-Inseln nördlich von England und telegraphierte von dort aus die

2. d. mußten die Macher den betrogenen Mitgliedern in einer außerordentlichen Generalversammlung Rechenschaft ablegen. Ganner, Lumpen, Fallotten waren die mißlichsten Ausdrücke, die sie von den entrüsteten Bauern zu hören bekamen. Es wurde beschlossen, daß jedes Mitglied zehn Schilling sofort einzuzahlen habe. Sechshundert Schilling sollen die Vorstandsmitglieder aufbringen, die auch für die unehrbringlichen Schulden aufkommen müssen. Außerdem versprach der Vorsitzende der Versammlung, daß Herr Dr. Nhrer fünfzehnhundert Schilling beistellen werde. Da werden wohl wieder die Judenbanken herhalten müssen, um den Konkurs aufzuhalten, der die ganze famose Geldgebarung aufdecken würde!

**Ueber die Eröffnungsfest unseres Kurheimes in Karlsbad** wurde uns föhlich mitgeteilt, daß dort Genosse Hadenberg die Begrüßungsansprache gehalten habe. In Wirklichkeit wurde die Begrüßungsansprache von dem Obmann des Verbandes, Genossen Abg. Schäfer, gehalten, was wir hiemit feststellen.

**Ein Durchbruch der Eger.** Der Flußlauf der Eger beschreibt bei Reichenberg zwei Herzen. Das letzte Hochwasser hat nun die nur etwa fünf Meter breite Erdschleife an der engen Stelle der zweiten Herzform durchbrochen, so daß der Flußlauf bedeutend verkürzt wurde und die Herzform zu einer Insel wurde. Auch früher hat die Eger dort bereits einmal ihr Bett verlegt, wie der sogenannte Döhlitz zeigt, der jetzt über 100 Meter vom jetzigen Flußbett abseits liegt; und noch deutlich das alte Flußbett erkennen läßt.

**Auf dem Wege zur Mutter vom Juge zerstückelt.** Aus B.-Leipa wird berichtet: Der Kammerfeger Tedel fuhr Sonntag mit einem Lastzuge von Leipa nach Reichstadt, um seine Mutter zu besuchen und ihr zum Muttertage zwei Blumenstöcke zu überreichen. Er sprang in der Station Reichstadt von dem langsam durchfahrenden Juge ab, dabei mehr auf die Blumen, die als Liebesgaben für die Mutter bestimmt waren, achtend, als auf seine eigene Sicherheit. Er stürzte und geriet unter die Räder. 13 Wagen des Lastzuges gingen über ihn hinweg und er wurde buchstäblich in Stücke zerhackt.

**Mutat eines Wäpfings.** Ein eisernes Drama ungezügelter Leidenschaft hat sich Sonntag in Wehdorf am Kamp zugetragen. Der 24-jährige Tagelöhner Franz Bauer überfiel in den Auen im Kamp ein achtzehnjähriges Mädchen und versuchte der Eiseführer Gewalt anzutun. Es kamen aber auf die Hilferufe des Mädchens Leute heran und Bauer mußte flüchten. Als er verfolgt wurde, zog er einen Revolver und hielt im Laufe seine Verfolger in Schach. Er erreichte die Ortlichkeit Wehdorf, wo seine Braut bedienstet ist. In Gegenwart ihrer Mutter machte der Wäpfing dem Mädchen eine Eiserfuchtszene, in deren Verlauf auch der Dienstgeber des Mädchens dazulam. Wäpfing zog Bauer seinen Revolver und gab auf seine Braut drei Schüsse ab. Das Mädchen war auf der Stelle tot. Nach dieser Tat lief der Namenssch aus dem Hause. Wieder waren Verfolger ihm auf den Fersen; wieder hielt er sie mit vorgehaltenem Revolver in Schach. Er erreichte in wildem Lauf die Kampauen. Ein Gendarmereibeamter, der Bauer ganz in die Nähe gekommen war, wollte ihn festnehmen. Da gab der Bursche, der kein Entkommen sah, einen Schuß gegen sich ab und sank tot zu Boden.

**Von der Deutschen Bürgerschule in Prag I.** Altstadt wird uns mitgeteilt: An die 2-klassige Bürgerschule in Prag I. (Knaben- und Mädchenklassen getrennt) ist ein 4. Jahrgang angegliedert. Aufnahme finden (ohne Prüfung) Knaben und Mädchen, die den 3. Jahrgang der Bürgerschule mit Erfolg absolviert haben. Aufnahmewerber mit anderer Vorbildung haben sich einer Prüfung zu unterziehen, welche die Gegenstände der Bürgerschule umfaßt. Von der Prüfung aus einzelnen Gegenständen kann der Direktor befreien. Kein Schulgeld, beschränkte Schülerzahl (50), tschechische Sprache obligat, Französisch und Tschechographie un-

obligat. Nähere Auskünfte bei der Direktion Prag I, Masna ul. 1000, 2. Stock.

**Preßfreiheit in Rumänien.** Eines der wenigen in Rumänien existierenden demokratischen Blätter war die in Marosvásarhely erscheinende „A Vilag“. Sie hatte bei den letzten Gemeindevahlen einen großen Anteil daran, daß die Minderheit und die Arbeiterschaft Siebenbürgens für den demokratischen Oppositionsblock stimmten und somit die Brattianu-Regierung gestürzt haben. An dem jetzt begonnenen Kampf zu Parlamentswahlen erlaubte sich die Kwareregerung die „A Vilag“ gänzlich zu verbieten, da das Blatt die Minderheit und die Arbeiterschaft neuerlich zu gemeinsamen Kampf mit der Opposition aufruft. So versucht die Kwareregerung das einzige Organ der demokratischen Arbeiter- und Bürgerfichten Siebenbürgens zum Verschwinden zu bringen.

**Einen Prozeß um ein amputiertes Bein** führte kürzlich ein Negerkönig aus Belgisch-Kongo vor dem Kolonialgericht in Vona. Der Negerhäuptling mußte sich ein Bein infolge eines schweren Unfalls amputieren lassen. Nachdem die Operation glücklich beendet war, verlangte er sein Bein zurück, um es, wenn er Lust dazu verspürte, aufzuffressen zu können. Der Arzt, ein Weißer, weigerte sich jedoch, die Bitte seines Patienten zu erfüllen und wies auf die Tatsache hin, daß im Kongo das Menschenfleisch verboten ist. Der Negerkönig suchte sich jedoch einen Rechtsanwalt und strengte gegen den widerspenstigen Arzt und gegen die Direktion des Krankenhauses einen Prozeß an. Die Angelegenheit kam tatsächlich zur Verhandlung und das Gericht verurteilte die Klinik dazu, dem Negerkönig sein abgenommenes Bein zurückzugeben.

**Vom Rechtskampfe der Lehrerschaft.**

Die von den Behörden geübte Praxis, alle Gesetze über die Rechtsverhältnisse der öffentlichen Angestellten stets im einschränkenden Sinne auszulegen, daß diese zu einem außerordentlich heftigen und mühevollen Abwehrkampf genötigt. In diesem Kampfe dürfte, soweit dem Jahresbericht zu entnehmen ist — der Deutsche Lehrerbund an der Spitze stehen. Am verflossenen Jahre war dieser Verband gezwungen, nicht weniger als 93 Klagen gegen das Ministerium für Schulwesen und Volkshultur einzubringen und in der Wechzahl der im Jahre 1925 durchgeführten Fälle — es waren 87 — hatte er einen vollen Erfolg zu verzeichnen.

Von besonderem Interesse ist der Verlauf des Rechtskampfes der deutschen Lehrer in den ersten vier Monaten des Jahres 1926. In dieser Zeit ist beim Obersten Verwaltungsgericht über 29 von der Rechtschulstelle des Deutschen Lehrerbundes im Vorjahre eingebrachte Beschwerden verhandelt worden. In 18 Fällen wurde die Entscheidung des Schulministeriums entweder wegen Mangelhaftigkeit des Verfahrens oder aber wegen Ungesetzlichkeit aufgehoben. Von den in den Jahren 1925 bzw. 1926 erstrittenen Entscheidungen sind eine ganze Reihe von grundsätzlichen ungenau wichtiger Bedeutung. So z. B., daß die Naturalwohnung eines deutschen Schulleiters weder ganz, noch teilweise zu Gunsten einer tschechischen Minderheitschule beschlagnahmt werden darf und daß den zur Dienstleistung an der Bürgerfchule berufenen Volksschullehrern die Substitutionszulage von monatlich 100 Kronen auch in jenen Fällen gebührt, wo die supplierte Stelle erledigt ist.

Besonders viel haben der deutschen Lehrerschulstelle die während des Weltkrieges im Militärdienst gestandenen Lehrer zu danken. Ueber Beschwerde dieser Lehrerschulstelle hat das Oberste Verwaltungsgericht entschieden, daß den Lehrern mit rüdiertem Lehrbefähigungszugnis die Dienstzeit schon von dem der Reifeprüfung folgenden Monatsersten zu zählen ist, auch wenn die wirkliche Anstellung im Schuldienste später erfolgte, ferner, daß eine nach dieser Anstellung gelegene Unterbrechung als Schuldienst zu zählen ist, weiter, daß ein Aushilfslehrer nach dem böhmischen Leh-

rereseh anlässlich der Einberufung zum Friedenspräsenzdienst nicht entlassen werden darf, sondern sofort nach Beendigung dieses Militärdienstes im Schuldienste in Verwendung zu ziehen ist und endlich, daß den Lehrern Böhmens, die nach den dortigen Landesgesetzen während des Präsenzdienstes im Weltkrieg keinerlei Zulage hatten, gemäß § 5 des Gesetzes Nr. 470/19 die vollen Dienstbezüge für dieses Militärdienst nachzahlen sind. Für die Handwerkerlehrlinge in die Entscheidung von größter Wichtigkeit, daß auch den nur personell Entlohnerten für die Durchführung der Dienstzeit nach dem Gesetze Nr. 251/22, die vor dem 1. Juni 1922 mit nicht voller Stundenzahl verbrachte Dienstzeit voll angerechnet wird.

Aber auch für die Staatsbeamten hat die deutsche Lehrerschaft bedeutungsvolle Entscheidungen erstritten: Da durch das Paritätsgesetz die Staatsbeamtengehälter auch auf die Lehrer ausgedehnt worden sind, so sind die Lehrer jetzt auch angewonnen, den Kampf um die günstigste Auslegung der Staatsbeamtengehälter zu führen. Auch auf diesem Gebiete war ihrer Rechtschulstelle namhafter Erfolg beschieden. Auf Grund der von ihr eingebrachten Beschwerde entschied das Oberste Verwaltungsgericht, daß nach dem Gesetze Nr. 394/22 auch jenen Staatsbeamten, deren Gattin als aktive oder pensionierte öffentliche Angestellte selbst eine Teuerungszulage bezieht, die Kinderzulage bereits für das erste Kind gebührt, obwohl durch eine Regierungsverordnung bestimmt worden war, daß sie diese Zulagen erst vom zweiten Kinde zurecht haben. Weiter hat das Oberste Verwaltungsgericht auf Grund der von der Lehrerschulstelle vorgebrachten Beschwerde die Praxis der Staatsbehörden für ungesetzlich erklärt, daß die Gesuche um Erlass der Ueberbedarfskosten innerhalb von vierzehn Tagen nach durchgeführter Ueberbedarfsleistung eingebracht werden müssen. In Abweichung von einer früher gefällten Entscheidung hat das Oberste Verwaltungsgericht in der am 19. April d. J. durchgeführten Verhandlung auch den Vorgang für gesetzwidrig erklärt, daß die Behörden die Einzahlung dieser Frist bei dem Ansuchen um Substitutionsgebühr fordern und ausgesprochen, daß für die Staatsbeamten, weder in dem einen, noch in dem anderen Falle die Ueberbedarfsleistung der Gesuche überhaupt beschränkt ist.

Da — wie das Oberste Verwaltungsgericht ausgesprochen hat, diese Frist für die Staatsbeamten nicht gilt, kann sie — wie in den in Streit gekommenen Fällen eben entschieden worden ist, auch bei den Lehrern nicht verlangt werden. Bezeichnend ist, daß sich die Staats- und Schulbehörden bei dem von der deutschen Lehrerschulstelle so erfolgreich bekämpften Vorgang auf das Dekret vom 5. Dezember 1926 (1) berufen hatten!

Auf Grund der kurz besprochenen Erkenntnisse, die ja nur einen kleinen Bruchteil der erstrittenen Erfolge darstellen, sind durch die Tätigkeit der Rechtschulstelle des Deutschen Lehrerbundes für die Staatsbeamten und Lehrer etliche Millionen Kronen flüssig geworden. Jedenfalls ist die deutsche Lehrerschaft zu dem durch diese Organisation erzielten Erfolge zu beglückwünschen. Leiter der Rechtschulstelle des Deutschen Lehrerbundes ist unser Genosse Oberlehrer Otto Katschinka in Brünn, der auch alle einzubringenden Beschwerden an das Oberste Verwaltungsgericht vertritt. Bei der mündlichen Verhandlung vertritt die Beschwerdeführer Friedrich Mautner in Prag.

**Kleine Chronik.**

**Eine goldene Uhr.**

Vor einem Jahrtausendhalter des Pariser Nordbahnhofes stant sich eine ungeduldige Menschenmenge. Plötzlich gerät einer der Wartenden in heftige Erregung und beschließt nervös seine Taschen. „Eine schöne Versicherung!“ wendet er sich an seinen Nachbarn. „Jetzt habe ich meine Brieftasche vergessen. Wenn sie mir nur nicht gestohlen ist! In fünf Minuten geht mein Zug. Wenn ich ihn verlässe, geht mir ein Geschäft verloren, an dem mein ganzes Vermögen hängt. — Ah, mein Herr, könnten Sie mir nicht 40 Franken leihen?“ Der Angeredete zuckt nur ärgerlich mit den Schultern. „Ich bezahle“, fährt der Bittende fort, „daß Sie dazu keine Lust haben. Sie kennen mich nicht und ich könnte Ihnen eine falsche Adresse geben. Es lausche ja so viel Spitzböben auf der Welt herum. Aber ich muß in fünf Minuten fahren. Mein Vermögen steht auf dem Spiel, sage ich Ihnen. Hören Sie! Nehmen Sie als Pfand für die vierzig Franken, um die ich Sie gebeten habe, meine goldene Uhr!“

Der Nachbar zögert noch immer. Aber er überlegt: Die Uhr scheint dem Herrn wirklich sehr wichtig zu sein. Wenn ich nun die goldene Uhr für vierzig Franken annehme... 400 bis 500 Franken muß sie doch mindestens wert sein. Vielleicht sollte man nicht die Notlage eines Mitmenschen so ausnützen, aber schließlich ist es ja seine Schuld. Warum verweigert er seine Brieftasche einzustechen? Das wird ihm eine Warnung für die Zukunft sein.“ Dann zieht er seine wohlgefüllte Brieftasche und reicht dem Bittsteller, der vor Ungeduld zappelt, vier schmerliche Zehnfraunfcheine. „Ich danke Ihnen vielmals, sammelt der Andere und gibt dem Helfer in der Not hastig die schon von der Kette losgerissene Uhr, der er noch einen wehmütigen Blick nachsendet.

Dann ist er am Schalter an der Reihe. „Zweite Klasse nach Brüssel“, verlangt er. „Da sind Sie hier falsch, mein Herr“, sagt der Beamte, „links um die Ecke, bitte!“ „Auch das noch!“ stöhnt der Unglücksvogel nervös und eilt um die Ecke. Dann beginnt er an einem anderen Schalter das gleiche Spiel, nachdem er schnell unbemerkt an seiner Uhrkette eine andere „goldene“ Uhr aus vergoldetem Kupfer befestigt hat.

wunderbarsten Berichte über sein Vordringen nach dem Nordpol, bis die englische Zeitungskonturrenz den Schwindler entlarvte.

Von bekannteren Nordpolforschern hat zuerst Peary, der vor dem Kriege mit seiner Behauptung, daß er den Nordpol erreicht hätte, das größte Aufsehen erregt, einen eigenen Presseschef in New York gehabt, der mit einem ziemlich großen Büro Pearys Expeditionen „zeitungsreif“ machte. Durch dieses Büro hat Peary sein großes Vermögen verdient und immer wieder für seine Behauptungen Geld zu gewinnen vermocht, nachdem ihm längst die wissenschaftliche Unhaltbarkeit seiner Berichte nachgewiesen worden war. Sein Konkurrent Cool verkaufte seine Originalberichte gegen einen riesigen Voranschuß einem bekannten amerikanischen Zeitungstrust, von dem er selbst später behauptet hat, daß Cool sie nicht mehr wiedererlaune. Augenblicklich hat der große Trust „The North American Newspaper Alliance“ den Kapitän Wilkins ausgerüstet und sich dafür das Monopol für seine Berichte gesichert, die in allen übrigen Ländern je einer großen bürgerlichen Zeitung gegen ein unerschütteres hohes Honorar verpachtet worden sind. In den Kreisen der ernsthaften arktischen Forscher glaubt kein Mensch daran, daß Wilkins oder sein Konkurrent Mac Millan überhaupt nur einen Versuch machen werden, zum Nordpol zu gelangen. Wilkins hat schon häufiger solche Expeditionen unternommen. Immer verfügt er über ein ungeheures technisches Material, über das er unter genauer Angabe der Firmen, die es angefertigt und ihm zur Verfügung gestellt haben, sehr lobende Berichte, mit Abbildungen, in die Presse lanciert. Dann schließt er möglichst viel Wild und verfügt über

äußerst gefährlich aussehende Aufnahmen von Schlittenfahrten über Eisfelder. Ein kritisches Zeitungspublikum könnte aber leicht feststellen, daß diese Schlittenreisen sich immer in nächster Nähe der Verpflegungsbasis von Wilkins abspielten, und mühte sich darüber zu wundern, daß der Kapitän sich angerechnet die reichsten Abhänge für seine Schlittenaufnahmen ansucht. Ganz ähnlich verlaufen auch die „Expeditionen“ von Mac Millan, der überdies noch einen bekannten Hinterrist hinter sich hat.

Selbst Amundsen, der doch wirklich ernsthaft Expeditionen durchzuführen sucht, ist ein Meister der Pressemache und erwirbt das Geld für seine Unternehmungen durch alle möglichen Reklametricks, wie Postkartenverkauf, langwierige Probe-Expeditionen, bis ins Einzelne gehende Berichte über seine Ziele und Ausrüstung, vor allem aber durch ein für sehr viel Geld an große bürgerliche Zeitungen in aller Welt verkauftes Monopol für die Verbreitung seiner Berichte. Auch die Expedition im vorigen Jahre war nur durch den Kredit einiger großer Zeitungen möglich geworden, durch den Amundsen einen schon von seinen Gläubigern gepfändeten Teil seiner Ausrüstung wieder auslösen konnte. Im ganzen sind alle zur Zeit unternommenen Nordpolfahrten — abgesehen von den rein wissenschaftlich geplanten Expeditionen Rossens und einiger deutscher und dänischer Forscher — eine äble Reklameschere geworden, die nicht der Forschung, sondern der Sensationslust und dem oberflächlichen Reporterturn dienen. Daß diese Unternehmungen gleicherweise von der amerikanischen Sensationspresse wie von Herrn Mussolini in Italien veranstaltet und unterstützt werden, ist bezeichnend für beide.

**Im Wikingerschiff über den Atlantischen Ozean.**  
In diesen Tagen will der norwegische Kapitän Negerod in einem alten Wikingerschiff von 45 Fuß Länge und mit nur vier Mann Besatzung die Fahrt über den Atlantik antreten. Das Boot, „Leif Ericson“ getauft nach jenem Normannen, der schon 1004 n. Ch. den „ersten Fuß“ nach Amerika setzte, hat bereits den Fischerhafen Demmesberget in Norwegen verlassen. Die Reise soll über England, Portugal und Madeira nach Amerika führen. Dort soll das Boot auf der Jahrhundert-Ausstellung in Philadelphia Schauplatz zugeführt werden.

**Bayerische Sittenstrenge.** Wegen unbefleierten Badens hatte ein Münchener Gericht 45 Mitglieder des Münchener „Bundes der Lichtfreunde“ zu Geldstrafen von 100 bis 150 Mark verurteilt. Dieses Urteil wurde jetzt aufgehoben. Acht Angeklagte wurden freigesprochen und 37 lediglich wegen Vergehens gegen die bayerische Ausnahmeverordnung, nach der Versammlungen unter freiem Himmel genehmigungspflichtig sind, zu je 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil ist ganz den Moralbegriffen eines Landes angepaßt, in dem der Mord als politisches Kampfmittel üblich ist.

Die Internationale der Weinproduzenten hat sich in Paris zusammengesprochen und beabsichtigt, eine energische Propaganda gegen die Treckenlegung in der ganzen Welt zu entfalten.

## Volkswirtschaft.

### Die Gewerkschaften Oesterreichs.

Die österreichische Gewerkschaftskommission veröffentlichte in ihrem Jahresbericht für 1925. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Gewerkschaften Oesterreichs in diesem Jahre in eine neue Phase ihrer Entwicklung eingetreten sind. Bis zum Jahre 1924 beherrschte der Index das gesamte wirtschaftliche und gewerkschaftliche Leben des Landes, die Kollektivverträge wurden laut Index für ganze Industriegruppen abgeschlossen. Seit der Stabilisierung der Valuta ist es jedoch anders geworden. Die gewerkschaftlichen Kämpfe werden gruppenweise geführt, der Vertrag für die einzelne Gruppe tritt an die Stelle des allgemeinen Industriegruppenvertrages mit der automatischen Inbegriffenwirkung. Die Folge davon, daß die bisherige Grundlage für die Kollektivverträge — eben der Index — verschwunden ist, war, daß im Jahre 1925 außerordentlich viele Lohnbewegungen stattfanden. Ein Beweis für die Stärke der österreichischen Gewerkschaften ist, daß von den vielen Lohnbewegungen nur sehr wenige ohne Erfolg geendigt haben und daß nicht eine einzige Lohnbewegung völlig mißglückt, kein einziger Streit zusammengebrochen ist.

Freilich konnte die schwere wirtschaftliche Krise in Oesterreich die fürchterliche Arbeitslosigkeit an der Entwicklung der Gewerkschaften nicht spurlos vorübergehen. Im Jahre 1919, im ersten Nachkriegsjahre, hatten die österreichischen Gewerkschaften 378.381 Mitglieder. Den höchsten Stand in der Mitgliederzahl weist das Jahr 1922 mit 850.394 Mitgliedern auf. 1924 hatten die Verbände, die in der österreichischen Gewerkschaftskommission vereinigt sind, 678.376 Mitglieder und 1925 642.334 Mitglieder. Freilich sind in diesen Zahlen die Arbeitslosen, die Gratismarken erhalten und weiter treu zu ihrer Gewerkschaft stehen, nicht mitgerechnet. Die Zahl der vollzahlenden Gewerkschaftsmitglieder ist weniger gesunken als die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Die Gewerkschaften haben trotz der schweren Wirtschaftskrise ihre Raders unverfehrt erhalten. Sie haben insbesondere für die Arbeitslosen zur Zeit der Wirtschaftskrise außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet. Die Macht der österreichischen Arbeiterschaft kommt hier sinnfällig zum Ausdruck. Während im Jänner 1923 die Arbeitslosenunterstützung in der höchsten Lohnklasse sieben Schilling (35 Kronen) betrug, beträgt sie seit April 1925 in der höchsten Lohnklasse 17 Schilling 50 Groschen (87.50 Kr.).

## Neutrale Kriegsrüinen.

Die neutralen Kriegsrüinen haben keine freiverkäuften Granaten geriffen, aber Granaten, die nicht verkauft wurden. Nicht während ineinander verdriffene Heere haben die neutralen Kriegsrüinen geschaffen — aber während spekulierende Kapitalisten. Und in den neutralen Kriegsrüinen sieht kein Kriegerdenkmal — sondern das ominöse Schild „zu verkaufen“ und das Siegel des Geschäftsweltlers schmückt die Gelderbrüst der Paläste, die großemwahnsinnige Spekulation im Kriege errichtet.

Aber die neutralen Proletarier müssen ebenso wie die ehemaligen Kriegsführenden Mächte die „Kriegskosten“ in Form drückender Steuern bezahlen und die neutralen Proletarier haben nach dem Krieg ebenso mit bitterer Arbeitslosigkeit den Großwahn der „Wirtschaftsführer“ büssen müssen. Und zahlen die Vermittler der kriegsführenden Länder die Opfer des Weltkrieges auf, so tun es in den neutralen Ländern Gerichtsprotokolle und Konturlisten.

Drummen, an der Südküste Dänemarks, liegt der Ort, der bis 1914 eine reichhaltige Fischerstadt war, der aber über Nacht sich mit Niesenkais, mit gigantischen Lagerhäusern, mit hohen Werften als Welthafen sah. Heute wächst das Gras auf den Kais, die Lagerhäuser dienen den Ratten als Nester und die Maschinen der Werften rosten. Wie ein blutiger Hohn sind die großspurigen Ausschritten „Transatlantische Kompagnie“, „Nordisch-überseeische Handelskompagnie“. . . Und die müden Ozeanwellen erzählen, wie man damit rechnete, daß der U-Bootskrieg die

In zwei Jahren ist also die Arbeitslosenunterstützung um das anderthalbfache gestiegen. Die Hauptaufgabe der österreichischen Gewerkschaften bleibt diese prachtvolle gewerkschaftliche Geschlossenheit, um welche wir die österreichischen Arbeiter beneiden, in der Zeit günstigerer Konjunktur hinüberzubereiten, in der sich die Kraft der Gewerkschaften leichter umsetzen läßt in große Erfolge für die Arbeiterschaft.

## Der Film.

**Deutsche Filme in Japan.** Die Ufa-Filme „Der letzte Mann“ und „Pietro, der Korjar“ haben in Japan einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Allerdings dürften das voraussichtlich die letzten Erfolge ausländischer Filme bedeuten, denn die bodenständige japanische Industrie hat sich in der letzten Zeit so stark entwickelt, daß der größte und ausschlaggebende japanische Theaterkonzern es bereits ablehnt, überhaupt ausländische Filme zu spielen.

**Der Sohn des Hannibal,** ein Sportroman von Ludwig Wolf, wird von der Maxim verfilmt werden.

**Die französische Kirche als Filmproduzent.** Die französische Kirche hat mit der Herstellung einer Reihe von religiösen Filmen begonnen. Es handelt sich um legendäre Stoffe oder Behandlungen von kirchlichen Geschehnissen, wie die Taufe, die Hochzeit, die Konfirmation und andere. Vor ihrem öffentlichen Erscheinen werden die Filme dem Papst vorgeführt werden. — Wenn jetzt die Weltordnung nicht in die richtigen Geleise kommt, dann ist der unglückliche Menschheit überhaupt nicht mehr zu helfen. . .

## Literatur.

„Das Totenschiff“. Im Verlag der Buchergilde Gutenberg, Berlin, ist soeben ein neuer Roman erschienen, den man als eines der besten proletarischen Werke der letzten Jahre bezeichnen kann und der neuerdings Anlaß gibt, mit allem Nachdruck auf diese vorbildliche Buchgemeinschaft zu verweisen, die für einen jährlichen Beitrag von 12 Mark (etwa 100 Kr.) ihren Mitgliedern vier wirklich ausgezeichnete und außerdem prachtvoll ausgestattete Bücher im Jahre liefert. „Das Totenschiff“ ist die Geschichte eines amerikanischen Seemanns, von B. Traven meisterhaft erzählt, eigenartig, neu, einzigartig im Stoff und in der Darstellung, packend und aufwühlend, aus einem der dunkelsten Bereiche des Lebens unserer Zeit gegriffen und von so unerhörtem Erleben, daß man sich von diesem Bunde kaum loszureißen vermag. Es ist ein Buch, geschrieben gegen die falsche, verführerische Seemannsromantik, geschrieben, um aufzuzeigen, wie der Matrose von heute ausgebeuteter, gemarterter, heimloser Proletarier im erschütterndsten Sinne dieses Wortes ist; geschrieben gegen den in seiner Morallosigkeit und Erbarmungslosigkeit bestialisches Staat. Und es wird, nicht so sehr durch die Betrachtungen, Reflexionen und philosophischen Gedanken des Autors, als vielmehr durch das fürchterliche Bild des Lebens, gezeichnet nach dem Schauer gemälde der Nachkriegszeit, zu einer tausendstimmigen Anklage gegen diese Welt, hinausgeschrien aus höllisch gefolterten Seelen und Leibern. Aus der Hand des gereiften Arbeiters möge dieses Buch in jene des halbwidrigen Jungen wandern, den nach Seemannsgeschichten und nach wenigstens gelesebenen Abenteueren gelüftet: hier finden sie beide beispielloses Erleben, ohne Lug und Trug, und darum in all seinem Grauen aufbauend, revolutionierend. Nimmt man dazu, daß dieses hervorragende Buch außerdem noch buchbinderisch herrliches blaues Leinen mit Golddruck und drucktechnisch in größter Gediegenheit und erlebtem Geschmack ausgestattet ist, so wird man das Urteil unterschreiben, daß die Buchergilde Gutenberg (Berlin SW 61, Treibendstraße 5) hier den Beweis ganz außerordentlicher Leistungsfähigkeit erbracht hat. L. G.

Handelsflotten der Großmächte vernichten würde, wie dann Plag würde für die neutralen Flotten, wie die neugegründeten Gesellschaften das Korn Bolens, das Petroleum Galiziens, das Vieh Ungarns über Kopenhagen leiten würden, und die Taschen der klugen Spekulanten füllen. . .

Nabe Kopenhagen andere Ruinen, Ruinen eines technischen Traumes, der sich im Fieber des Weltkrieges Wirklichkeit dünkte. Dort zerfallen merkwürdige Gerüste, dort rosten Eisenschienen und zerbröckeln Betonwände, die aussehnen, als wollten sie sich zu einem Schiffsrumpf wölben. Das sollten sie auch. Als 1916 der Schiffraum immer knapper wurde und 1917 der unbedrückte U-Bootskrieg noch mehr Hoffnungen auf Schiffsnappheit machte, gründete man dort eine Weisung zum Bau von Beton Schiffen. Ausgerechnet die Bauerngenossenschaftsbank, mitgeriffen vom Spekulationsfieber, fiel auf den Schwindel herein und steckte eine Million in das Unternehmen, und gründete mit weiteren Millionen gleich eine Schiffahrtsgesellschaft, die mit den Beton Schiffen die Weltmeere erobern sollte. Die Schiffahrtsgesellschaft bekam nie etwas zu tun, denn kein einziges Beton Schiff sah das Wasser. Nur die Millionen schwammen weg. . .

Im Kopenhagener Freihafen aber dösen die leeren Schuppen einer Maschinenwerkstatt und einer Munitionsfabrik vor sich hin. Kluge und kapitalkräftige Leute hatten herausgefunden, daß die Großmächte mit ihren eigenen Waffen das Wort den noch nicht gründlich genug besorgten, und hatten sie gegründet. Aber die Regierung hatte keine Lust, die englischen Dreadnoughts oder die Kieler Flotte sich wegen einiger Munitionsge-

## Kunst und Wissen.

### Philharmonisches Konzert.

Gestern fand im Neuen deutschen Theater das letzte (vierte) philharmonische Konzert der diesjährigen Spielzeit statt. Wie zu erwarten war mit dem gleichen negativen äußeren Erfolge wie die meisten früheren Konzerte der letzten Jahre. Die philharmonischen Konzerte des Prager deutschen Theaterorchesters hatten einstens für das Prager deutsche Publikum grundlegende Bedeutung; sie waren die eigentlichen musikalischen Hauptfeste der Konzertsaison, um die sich alle anderen Konzertgeschäfte mehr oder weniger untergeordnet in ihrer künstlerischen Bedeutung gruppieren. Das kam daher, weil diese Konzerte stets Besonderes und auch Neues künden, weil sie ihrer Aufgabe, die ihnen als einzigen deutschen Sinfoniekonzerten Prags zukam, immer gerecht wurden und sie dem Prager deutschen Publikum immer das Beste der klassischen und neuesten Sinfonischen Literatur boten. In den letzten Jahren aber sind diese Konzerte beim Publikum arg in Mißkredit geraten, einmal weil sie die zu Beginn der Saison gemachten Programmversprechungen nicht immer einhielten, zum andern Male, weil man ihre Programme mehr und mehr bagatellisierte und diese Konzerte mehr als lästige Pflicht denn als Ehren- und Kunstsahe ansah. Die in der letzten Zeit zur Regel gewordene Gepllogenheit, bedeutenden Solisten die Hauptarbeit bei diesen Konzerten zu überlassen, wurde auch beim letzten Konzert eingehalten. Solist war diesmal der Wiener Cellist und Kammervirtuose Prof. Buzbaum, der zwei von vier Programmnummern bestritt. Die orchesterale Hauptnummer der Vortragsordnung bildete die dritte Sinfonie (op. 57) in Es-dur von Robert Schumann, die man gewöhnlich die „rheinsische“ nennt, weil Schumann in ihr „Bilder des Lebens am Rhein“ geben wollte. Die Sinfonikunst ist bekanntlich Schumanns, des als Klavier-Zustift, Lied-Schöpfer und Kammermusik-Komponist hochbedeutenden deutschen Tonichters, schwächste Seite. Daher war auch die Aufführung dieser Sinfonie gerade im Rahmen unserer knapp bemessenen philharmonischen Konzerte, trotzdem sie unter Alexander Zemlinsky's genialer künstlerisch nachschaffender Leitung mit prachtvollem Schwung und wundervoller dynamischer Gliederung gespielt wurde, keine zwingende Notwendigkeit. Die zur Einleitung des Konzertes gebrachte Ouvertüre zu „Ali Baba“ von Cherubini war mehr oder weniger ein Lächerlicher. Die einzige Besonderheit des Konzertes dankte man dem ausgezeichneten Meistercellisten Friedrich Buzbaum, der als Erstaufführung für Prag die hebräische Rhapsodie „Schelomo“ für Cello solo mit Orchesterbegleitung von dem Führer der amerikanischen Musikmodernisten E. Bloch spielte, ein programmatisches Tongemälde, das König Solomons Schicksal schildert, von klangreicher instrumentaler Schönheit, voll musikalischer Erfindung, wirksam in seiner dreimaligen Gradation ist und modernem polyphonem und polyrhythmischen im gemäßigten Sinne; vorherrschend in dem Werke ist das Mollgeschlecht und die Chromatik, wodurch es einen tragisch-resignierten Charakter erhält; die Cellostimme ist rezitativisch gehalten. Als zweite Vortragsnummer spielte Buzbaum ein Adagio und Rondo von Dvořak. a. l.

**Spielplan des Neuen deutschen Theaters.** Heute Donnerstag 8 1/2 Uhr „Charleys Tante“, halb 8 Uhr abends Gastspiel Emmy Sturm: „Die spanische Nachtigall“. Freitag 7 Uhr abends „Mida“. Samstag halb 8 Uhr abends „Das Spiel um die Liebe“. Sonntag halb 2 Uhr nachm. „Die Geißel“, 7 Uhr Gastspiel Leop. Kramer: „Die Teresina“. Montag 7 Uhr „Hamlet“.

**Spielplan der Al. Bühne.** Heute Donnerstag „Der wahre Jakob“. Freitag Kulturverbandvorstellung, Gastspiel Leopold Kramer „Papa“, Samstag „Die heimliche Brautfahrt“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Ridel und die M. G.“

Millionen seiner Landmannsbank die Dutzende von Gesellschaften finanzierte, hier sah Herr Nielsen, der mit den Geldern der Bauerngenossenschaften Beton Schiffbau und Kartoffelmehl und Schmalz und Leberwurstbüchsen produzierte, hier sah Herr Aliaztsko aus Galizien, der als besonders Sachverständiger das Korn aus aller Welt nach Kopenhagen bringen sollte, hier sah Herr Plum aus London, der seine Verbindungen bis zu Lord George und zu einigen hohen Beamten im Völkerbund hatte, und noch 1920 Krieg mit Sowjetrußland spielen wollte, um seine Filialen zurückzuerobern, hier sahen hundert andere internationale Spekulanten, bis sie pleite gingen. Und hier ist ein arbeitsames, nicht gerade armes Volk, dessen Parlament mit Entsetzen feststellen mußte, daß es 150 Millionen Kronen für die Rekonstruktion der Landmannsbank herzugeben hatte, um die Wirtschaft nicht ganz zum Teufel gehen zu lassen, daß es weitere 20—30 Millionen bei der Bauerngenossenschaftsbank zugelegt hatte, und das 1919 zwar auf dem Papier ein Guthaben von 900 Millionen hatte, bis 1922 aber merken mußte, daß diese 900 Millionen Spekulantenträume gewesen waren, an denen es noch heute schwer zu zahlen hat.

Und wenn der Kopenhagener in seinen Straßen spazieren geht, so sieht er die repräsentabelsten Gebäude geschlossen, und weiß, daß in ihnen eine vertrackte Bank abgewidelt, und wenn er den schönen Dersund entlang geht, dann sieht er vom Freihafen ab nordwärts und südwärts die Ruinen des Krieges wie er ihn erlebte, die toten Betriebe und die prachtvollen Bankiers- und Generaldirektorenpaläste, die nunmehr zum Verkauf stehen. . .

Kopenhagen aber sollte die Spitze im Reigen sein. Hier sah Herr Glückstadt, der mit den

rechten, halb 8 Uhr „Der frohliche Weinberg“. Montag Bankbeamtenvorstellung „Der Selige“, „Schlimme Puppen“, „Brüderlein sein“.

## Gerichtssaal.

### Brandlegung mit tödlichem Ausgang in Kleiche bei Aufig.

Der als Brandleger angeklagte Richard Lindner freigesprochen.

Am 8. November 1925 brach gegen Mitternacht in Aufig in der dem städtischen Weierhof in Kleiche gehörigen Feldscheuer ein Brand aus, dem 25 Wagen Stroh, 14 Fuhrer Den, fünf Leiterwagen und ein Elektromotor zum Opfer fielen. Leider war auch ein Menschenleben als Opfer des Brandes zu beklagen. Die 17jährige Anna Schöbel, welche dort mit sechs jungen Putschen geschlafen hatte, verbrannte und man fand ihren Leichnam verkohlt vor. Bei der ersten Einvernahme wurde festgestellt, daß der Arbeiter Richard Lindner, der mit fünf Kollegen und der Anna Schöbel übernachtete, den Brand verurteilt hat. Er gab zu Protokoll, daß er drei brennende Zündhölzer in das Stroh geworfen habe und dann davongelaufen sei. Lindner ist wegen verschiedener Eigentumsdelikte wiederholt vorbestraft.

Bei der Hauptverhandlung erklärte er, er sei unschuldig und gab als Grund seiner Geständnisse an, er sei bei der Aufiger Kriminalpolizei gefesselt worden und habe nichts zu essen bekommen. Um diesen Qualereien zu entgehen, habe er alles auf sich genommen. Von den Zeugen sagte Wenzel Svoboda, der sich gegenwärtig in einer achmonatigen Kerkerhaft wegen Diebstahls befindet, aus, die Schöbel habe eine brennende Kerze in der Hand gehalten und auf einmal „Feuer“ geschrien. Sie brante die Strohhede, welche jemand angezündet haben mußte. Durch die brennende Kerze sei das Feuer nicht entstanden. Heinrich Deger, der ebenfalls in jener Nacht in dem Scheuer schlief, kann wie die anderen nicht angeben, wie das Feuer entstanden ist. Er sagt aber, die Schöbel wäre zu retten gewesen, wenn alle zugegriffen hätten. Alois Fischer gab bei der Verhandlung an, daß der Lindner gesagt habe „Paß auf, heute passiert noch etwas!“

Den Geschworenen wurde eine auf Brandlegung mit tödlichem Ausgang lautende Hauptfrage und drei Zusatzfragen vorgelegt. Da sie die Hauptfrage mit nur sieben gegen fünf Stimmen bejahten, wurde Lindner freigesprochen.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehacz. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

## Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

# GRAF

KOCHFERTIGE SUPPEN

**ERBS**  
ERBS mit REIS  
ERBS mit SPECK  
HAUSMACHER  
REIS-JULIENNE

neu:  
  
SCHWAMMERL

**KAUFET NUR**

**HELIA**  
SUPPENWÜRZE

SIE IST DIE BESTE